

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.60 M. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonelzeile für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Der Feind.

Es gibt eine innere Taubheit, die keine ernstlichen Wunden und Mahnrufe unserer Zeit in das geistige Bewußtsein des Menschen eindringen läßt; es gibt eine seelische Blindheit, die das Geistesauge verschließt für die Möglichkeiten zu einem Abstieg und einem Aufstieg in der Gegenwart. Wenn jemals der „Stumpfsinn“ vom Nebel war, dann heutigen Tages, wo es so viele Selbsttötende gibt, die den Vorteil den Blinden und Tauben gegenüber in guter und schlechter Weise ausnützen.

Gerade unserer deutschen Metallarbeiterschaft tut Aufgeschlossenheit der Sinne bitter not. Wäre es nicht Kurzsichtigkeit, wenn sie die Gelegenheiten veräußerte, durch persönliches Werben um diesen oder jenen Kameraden aus den Reihen der noch etwa 2 Millionen unorganisierten Metallarbeiter die Zahl der Gleichstrebenden zu verstärken? Wäre es nicht Schwerhörigkeit, wenn unsere christlichen Metallarbeiter die Weckrufe zu einem regen und stets neue Wert: schaffenden Gewerkschaftsleben unbeachtet ließen? — Ein Gewerkschaftler darf nicht zu den „Stumpfsinnigen“ gehören wollen; er darf nicht ruhen und nicht rasten, bis er einige Abseitsstehende überzeugt hat, daß heute nur vereinte Kraft stark macht! Jedem Selbsttötenden darf es nicht genug sein, seinen Mitgliederbeitrag zu zahlen, und sein Verbandsorgan zu beziehen — er muß die Versammlungen besuchen, muß über sein ganzes Vaterland hinweg sehen und hören, wie stark und machtvoll seine Organisation sein kann, wenn der „Stumpfsinn“, der Feind der Sache unseres Standes, überwunden ist. Der Stumpfsinn ist der Feind — darum, auf zum Kampf!

Zur Metallarbeiterausperrung in Menden.

Am Montag, den 3. Februar, wurde gelegentlich der Debatte zum Haushalt des Ministeriums des Innern vom Abgeordneten Kollegen Gronowski auch der Kampf in der Mendener Metallindustrie zur Sprache gebracht und das passive Verhalten des Regierungspräsidenten von Arnberg einer Kritik unterzogen. (Vergl. den Artikel „Der Kampf in Menden im preussischen Abgeordnetenhaus“.) Dieses veranlaßte die „Kölnische Zeitung“ (Nr. 138), den Arbeitgeberverband und den Regierungspräsidenten in einem längeren Artikel zu rechtfertigen.

Der Mendener Arbeitskampf, so heißt es da, sei zu einem Organisationskampf geworden, weil — der christliche Metallarbeiterverband die über die Firma Schmöle und Co. verhängte Sperre nicht aufhebe. Bisher sei von der christlichen Organisation der wirtschaftliche Kampf in Menden öffentlich so dargestellt worden, als handle es sich um Gründe genommen um einen Kampf gegen schlechte Löhne. Ferner heißt es, der Kampf scheine seinem Ende entgegen zu gehen, in den Reihen der Ausgesperrten mache sich eine „Abbröckelung“ bemerkbar. Außerdem wird hervorgehoben, den Arnberger Regierungspräsidenten treffe kein Vorwurf, wenn eine Vermittlung nicht zustande gekommen sei; der Arbeitgeberverband hätte eine Vermittlung abgelehnt, weil der christliche Metallarbeiterverband nicht zu bewegen war, vorerst die Sperre über eine einzelne Firma aufzuheben.

Diesem Verwischungsversuch der wahren Sachlage gegenüber erscheint es uns am Platze, erneut auf die folgenden Tatsachen hinzuweisen:

Der Ausgangspunkt des Kampfes ist die Firma Schmöle u. Co. in Menden. Den Lohnforderungen der Arbeiter gegenüber zeigte dieses Werk keinerlei Entgegenkommen. Nachdem die Arbeiter alle Mittel zu einer freundlichen Lösung der Differenzpunkte erschöpft angewendet hatten, stellten am 21. September 70 Kollegen die Arbeit ein. Sollte dieser Lohnkampf überhaupt einen Zweck haben, dann mußte von der Organisation die Sperre über das Werk verhängt werden, andernfalls wären die Plätze der Streikenden von anderen Arbeitern besetzt worden, und der Kampf der Kollegen um besserer Löhne wäre ein Schlag ins Wasser gewesen.

Die Forderung des Mendener Arbeitgeberverbandes, der christliche Metallarbeiterverband solle die über die Firma Schmöle u. Co. verhängte Sperre aufheben, bedeutet also im Grunde genommen nichts anderes, als die Arbeiter sollen sich einfach bedingungslos unterwerfen. Damit wäre jede Lohnbewegung unmöglich gemacht. Statt eine solche Forderung aufzustellen, hätte der Arbeitgeberverband seinerseits versuchen müssen, eine Einigung über die Differenzpunkte herbeizuführen. Das hat er nicht getan; statt dessen sperrte er am 9. November 1912 die christlich organisierten Arbeiter aus und verhängte am 7. Dezember die Generalausperrung. Dann verlangten die Unternehmer von den Ausgesperrten die Unterzeichnung

eines Reverses, durch welchen den Arbeitern das Koalitionsrecht genommen wurde. Unbestreitbar haben die Mendener Arbeitgeber durch diese Maßnahmen einen Organisationskampf entfesselt und nicht die Arbeiter!

Von einem „Abbröckeln des Kampfes“ kann erst recht keine Rede sein. Dreizehn Wochen dauert die Aussperrung. Von den 1300 Ausgesperrten sind ganze 49 in die Betriebe gegangen, während 65 vorher Arbeitswillige die Betriebe wieder verlassen und mehrere Hundert Neuzugereiste garnicht zu arbeiten angefangen haben. Die Darstellung in der „Kölnischen Zeitung“ entspricht mithin nicht den Tatsachen.

Ob die Arnberger Regierungsbehörde alles getan hat, um eine Vermittlung anzubahnen, darüber gehen die Meinungen sehr weit auseinander. Tatsache ist, daß der Regierungspräsident von Arnberg eine Vermittlung abgelehnt hat. Er erklärte, nur dann vermitteln zu können, wenn dieses auch den Arbeitgebern erwünscht sei. In vielen andern Fällen hat aber erst der unparteiische Vermittler die streitenden Parteien zusammengeführt, das dürfte auch im Mendener Falle möglich gewesen sein. Ob die Firma Schmöle u. Co. in Menden — welche ohnedies noch für die Heeresverwaltung arbeitet — die Vermittlung eines hohen Regierungsbeamten direkt abgelehnt hätte, dürfte doch mehr als zweifelhaft sein. Wenn beide Teile zum Verhandeln und zur Einigung bereit sind, wird man auch ohne Regierungsbehörde und Vermittler zum Ziele kommen. — Stellt man übrigens das Verhalten der Behörden bei ähnlichen Situationen in anderen Provinzen und Bundesstaaten dem Mendener Falle gegenüber, wo nur christliche Arbeiter in Frage kommen, dann fällt der Vergleich nicht zugunsten der Arnberger Regierung aus.

Auch die Heeresverwaltung, hat Grund, einmal darüber Nachforschungen anzustellen, ob die Firma Schmöle u. Co. ihren Lieferungsverpflichtungen nachkommen kann. Wir leben jetzt in hochgespannten Zeiten, wo die Heeresverwaltung keinen Tag sich der Gefahr aussetzen darf, von ihren Lieferanten nicht rechtzeitig bedient zu werden. Es dürfte vollständig ausgeschlossen sein, daß die Firma Schmöle u. Co. die jetzt schon 16 Wochen lang mit ihren Arbeitern in Differenzen lebt, ihren Lieferungsbedingungen vollständig nachzukommen imstande ist.

Unsere Kollegen und die breitere Öffentlichkeit aber werden aus dem Vorstehenden zur Genüge ersehen, daß nicht der christliche Metallarbeiterverband den Mendener Kampf zu einem „Organisationskampf“ gemacht hat, sondern das tat der Mendener Arbeitgeberverband. Einfach unbegreiflich aber ist es, daß ein Arbeitgeberverband es einer Arbeiterorganisation verübeln will, wenn sie einen Betrieb sperrt, in dem ihre Mitglieder um bessere Lohnverhältnisse kämpfen müssen. Wenn die Mendener Unternehmer an dieser Sperre wirklich so großen Anstoß nehmen, so mögen sie dafür sorgen, daß die betreffende Firma den Arbeitern in der Lohnfrage Entgegenkommen zeigt; ist das der Fall, so steht auch der Aufhebung der Sperre selbstredend nichts mehr im Wege.

Zum Kampf in Menden

Ist uns diese Woche von einem genauen Kenner der dortigen Verhältnisse ein Artikel zugegangen, den wir nachstehend zum Abdruck bringen. Der Verfasser ist Privatbeamter, also selbst an dem Kampfe nicht beteiligt. Um so eher ist er daher in der Lage, sich ein objektives Urteil über den Kampf zu bilden. Der betreffende Herr schreibt:

Das Erstarken des christlichen Metallarbeiterverbandes in Menden scheint den Arbeitgebern seit Jahren viele Kopfschmerzen verursacht zu haben. Bei der gereizten Stimmung, die sich bei den Metallindustriellen in unserem Teile des Sauerlandes ohne jeden Grund gegen die Koalitionsbestrebungen der Arbeiter seit Jahren zeigte, sagten sich aufmerksame Beobachter der ersten Differenzen bei Schmöle u. Co. im Jahre 1911 schon, daß auch Menden einmal seinen wirtschaftlichen Kampf „nach berühmten Mustern“ erleben werde. Inwiefern die Aussperrung in Herlohn im Jahre 1903 auf die Mendener Arbeitgeber einwirkte, kann unerörtert bleiben. Jedenfalls werden die freundschaftlichen Beziehungen nicht ohne Einfluß geblieben sein. Wollte man doch „durch die Aussperrung nach dem Muster von Herlohn endlich Ruhe schaffen“, wie sich ein hiesiger Fabrikant in den letzten Tagen äußerte. Die Ansicht dieses Fabrikanten ist typisch für die „soziale Einsicht“ vieler hiesiger Industriellen. Man bildete sich wirklich ein, mit der Aussperrung im Sandum-drehen die Organisation der christlichen Metallarbeiter vernichten und dann ungehört mit unzulänglichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen weiter wirtschaften zu können. Diese Rechnung litt aber an einem gewaltigen Fehler. Die Metallindustriellen vergaßen, daß die Organisation der Arbeiter heute anders da-

ber sie sich ihre Organisation, ihre wirtschaftliche Interessenvertretung, durch eine Aussperrung nicht mehr zertrümmern läßt. Zumal tat das der einsichtige Teil der Mendener Arbeiterschaft nicht, welche jahrelang unter unwürdiger Behandlung und Bevormundung zu leiden hatte und mit einem gar zu knapp bemessenen Lohne ihr Dasein fristen mußte.

Nur Kurzsichtigkeit oder böser Wille kann den Arbeiter, das Recht bestreiten, von ihrem Koalitionsrecht zwecks Verbesserung ihrer Lage Gebrauch zu machen; kann es ihnen verübeln, wenn sie unter der Herrschaft des freien Arbeitsvertrages auch ihrerseits Forderungen stellen. Und hat die Mendener Arbeiterschaft gerade etwa nicht allen Grund, mit Forderungen an die Fabrikanten heranzutreten? Haben die Löhne mit der Verteuerung der Lebenshaltung Schritt gehalten? Nein! Ein Blick in die Steuerverhältnisse Mendens in den letzten Jahren bestätigt diese Behauptung.

Die Organisation der Arbeiter will und muß eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse erstreben, wenn anders sie ihren Zweck nicht verfehlen soll. Sie kann dabei auch nicht halt machen vor dem einen oder andern Arbeitgeber, weil er vielleicht der einzige katholische oder der einzige evangelische Fabrikant des Ortes ist. Das mögen sich jene Leute merken, die in Menden die Unterstellung kolportieren, daß aus diesem Grunde der Streik wieder bei der Firma Schmöle u. Co. entfacht worden sei. Die hier sprichwörtlich gewordene Forderung gegen die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter muß wohl oder übel einmal beseitigt werden.

Zeigt sich bei den Industriellen auf der einen Seite eine abgrundtiefe Abneigung gegen die christliche Organisation der Arbeiter, so haben dieselben Leute doch schon seit 2 Jahren ihren Arbeitgeberverband. Und man kann nicht gerade behaupten, daß die Fabrikanten hier untätig gewesen seien, wie sie es von der Organisation der Arbeiter verlangen. Raum war der Arbeitgeberverband ins Leben getreten, und schon wurde ein Arbeitgeber-Arbeitsnachweis errichtet! Der geplante paritätische Nachweis wurde so vereitelt. Die Mendener Arbeitgeber glaubten ein Bedürfnis für eine sogenannte Arbeiterpartiermaschine zu haben. Nutzen sie so die Vorteile der Organisation für sich selbst in jeder Hinsicht aus, so müßten die Arbeitgeber logischerweise auch die Organisation der Arbeitnehmer als gleichberechtigt anerkennen. Inbes hapert es da ganz gewaltig. „Im Prinzip“ will man wohl ein „Freund“ der Organisation der christlichen Arbeiter sein, nur nicht in der Praxis. Da bleibt kein Mittel unversucht, die Organisation der Arbeiter zu vernichten. Nicht nur, daß man von den Arbeitern den Austritt aus ihrer Organisation verlangt, nein, man geht weiter und macht die Arbeiter brotlos, kündigt ihnen die auf Hypotheken geliehenen Kapitalien, erwirkt gerichtliche Urteile, um die Arbeiter aus den Fabrikwohnungen schnellstens zu entfernen, stellt den gemeinschaftlichen Bezug von Lebensmitteln usw. ein — und das alles, weil man „im Prinzip“ ein „Freund“ der christlichen Gewerkschaft ist.

Man hat im gegenwärtigen Kampfe auch gesagt, mit allen Maßnahmen des Arbeitgeberverbandes seien „viele“ Arbeitgeber nicht einverstanden. Und doch ist nichts falscher wie diese Behauptung! Die Tatsache bleibt bestehen, daß gerade diese „Viele“ die treibenden Kräfte waren und am lautesten nach scharfen Maßnahmen gerufen haben! Kein Wunder also, daß der Kampf der christlichen Metallarbeiter in Menden um ihr Organisationsrecht ein so zäher und still erbitterter ist. Man sollte es nicht für möglich halten, daß christliche Arbeiter in einer Stadt wie Menden noch einen Kampf um ihr vitales Recht führen müssen. Der Freiheit und dem Rechte muß eben eine Gasse gehauen werden.

Jenen hochgestellten Herren, die da sagten, daß die Mendener Arbeitgeber um 50 Jahre zurück seien und daß die ganzen sozialen Strömungen der letzten 20 Jahre an ihnen spurlos vorbeigegangen seien; kann man hohnvollend beipflichten. Die christlichen Metallarbeiter Mendens aber mögen an ihrer Organisation unverbrüchlich und treu festhalten. Der Kampf, den sie jetzt in so mustergültiger Weise kämpfen, wird dann sicher nicht vergebens gewesen sein. Das wird die Zukunft zeigen!

Der Kampf in Menden im preussischen Abgeordnetenhaus.

Gelegentlich der zweiten Beratung des Etats des Ministeriums des Innern vertrat der freikonserervative Redner Frhr. v. Jeditz mit aller Schärfe die bekannte Scharfmacherforderung nach stärkerem Schutz der Arbeitswilligen und des Verbotes des Streikpostenstehens. Wie neulich im Reichstage zur Begründung des konservativen Antrages, so wurde auch hier der Terrorismus der Sozialdemokratie als Beweis für die Notwendigkeit eines gesetzlichen Verbots des Streikpostenstehens angeführt. Wir sind demgegenüber der Überzeugung, daß dem sozialdemokratischen Terror schon wirkungsvoll beizukommen ist, ohne das hierzu eine gesetzliche Knebelung der Gewerkschaftsbewegung, wie sie die Scharfmacher ersehen, erforderlich ist. An dem Beispiel des den Mendener Kollegen aufgezwungenen Kampfes wies Kollege Abgeordneter Gronowski treffend nach, daß die christlich organisierte Arbeiterschaft von den maßgebenden Regierungsorganen etwas ganz anderes fordern kann, wie die von Scharfmacherseite verlangte Knebelung der

Gewerkschaftsbewegung. Nach dem kenographischen Bericht führte Kollege Gronowski zu diesem Punkte aus:

„Ein Wort zum Schluß der Arbeitswilligen. Wir schreit, als wenn die Kaiserzeit vom 17. Juni 1897 wieder neu aufgelegt ist. Sie wollen einen größeren Schutz der Arbeitswilligen Herr v. Kardorff und Herr Febr. v. Jellig.“ Was soll nun zum Schutze der Arbeitswilligen, zur Bekämpfung der Sozialdemokratie geschehen? Wenn Sie den Streik und das Streikpostenstreiken etwa verbieten wollen, dann schaffen Sie nach meiner persönlichen Auffassung nichts weiter als ein Privileg für Fabrikanten- und Unternehmern. Das Koalitionsrecht können die Arbeiter, soweit sie in Privatbetrieben sind, ohne Streik nicht praktisch ausüben. Das Streikrecht ist als allerletztes Mittel gesetzlich erlaubt. Seit Befehlen der Reichsgewerbeordnung liegt nach den Erfahrungen, die in den 40 Jahren gemacht worden sind, kein ausreichender Grund vor, dieses Gesetz irgendetwas zu ändern. Ich möchte hier betonen, daß wir selbstverständlich jeden leichtfertigen und leichtfertigen Streik aufs entschiedenste verurteilen; der Streik soll so sein im wirtschaftlichen Kampf wie der Krieg im Völkerverleben. Auch der Krieg ist nur das alleräußerste Mittel, zu dem Völker greifen; genau so sollen die Gewerkschaften zum Kampf, zum Streik nur dann greifen, wenn alle übrigen Mittel bis zum letzten Tropfen erschöpft sind. Wir verurteilen aufs entschiedenste jeden Mißbrauch des Streikpostenstreikens und des Streikrechtes. Ausdrückliche Lohnmen Leiber vor; aber der Vorwurf, daß streikende Arbeiter das Streikrecht mißbrauchen, darf nicht verallgemeinert werden.

Zur Bekämpfung meiner Anschauung möchte ich Sie auf einen wirtschaftlichen Kampf hinweisen, der augenblicklich in Minden in Westfalen tobt. Minden ist ein Städtchen mit etwa 11- oder 12000 Einwohnern. Dort sind die Arbeiter zum Teil ausgesperrt, zum Teil befinden sie sich im Streik seit 16 Wochen, (hört, hört! im Zentrum) die Zahl der Aussperrten und Streikenden beträgt über 3000 Mann!

Nun möchte ich mal mit den Herren v. Jellig und v. Kardorff und allen jenen Herren, die Lust haben, Ausnahmegesetze zu schaffen — ohne uns anzumelden — nach Minden fahren und einen beliebigen Bürger, oder sogar den Bürgermeister fragen, ob in den 16 Wochen auch nur die geringste Ausschreitung vorgekommen ist. Da ist nichts in den 16 Wochen vorgekommen; warum nicht? Weil dort der christliche Metallarbeiterverband allein in Frage kommt, der seine Leute so stramm zur Ordnungsliebe erzogen hat, daß er mit Streik sagen kann: Es sind keine Ausschreitungen vorgekommen! In demselben Augenblick aber, Herr v. Jellig, in dem Sie ein Arbeitswilligengesetz machen, treffen Sie nicht diejenigen, die unter dem Sozialistengesetz groß geworden sind, sondern die ehrlichen christlichen Arbeiter, die für die Verbesserung ihrer Lage kämpfen.

Und eine zweite Frage: In welchem Maße wollen Sie jene Arbeitswilligen schützen, die gegen ihren Willen von der Arbeit ausgesperrt werden? Dort in Minden haben ursprünglich 180 Mann bei der Firma Schmöle und Co., die, nebenbei gesagt, auch für das preussische Kriegsministerium arbeitet, (hört, hört! im Zentrum) wegen geringfügiger Arbeiten — die Höchstforderungen waren 25 Pfg. Lohnzuschlag für jene Arbeiter, die weniger als 4 Mark pro Tag verdienen, mehr als die Hälfte dieser Arbeiter hat unter 3,80 Mark — die Arbeit niedergelegt. Dann kam der Arbeitgeberverband von Minden und Umgegend, der der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände in Berlin angeschlossen ist, und sperrte zu den 180 Streikenden noch rund 3000 arbeitswillige Arbeiter aus; auch solche, die 10, 20, 25 und 30 Jahre auf ein und derselben Stelle gearbeitet haben.

In welchem Sinne gedenken Sie diese Arbeitswilligen zu schützen? Soll der Kriegsminister zur Rechenschaft gezogen werden? Soll er seine Aufträge zurückziehen? Soll Schmöle ins Zuchthaus, weil er es verschuldet hat, daß 3000 Arbeitswillige nicht arbeiten dürfen? Oder sind wieder die Arbeiter die alleinigen Sünder? Nein, eine einseitige Parteinahme gegen die Arbeiter ist eine Quelle der Verzerrung und Verbitterung; es gibt auch auf der Seite der Unternehmer zahlreich und große Sünder. Die Schuldigen sind nicht immer die Arbeiter. Im Falle Minden hätte die befreite Firma durch vernünftiges Verhandeln und Einlenken das wirtschaftliche Unglück von der Gemeinde fernhalten können.

Ich weiß nicht, ob Sie mir die Frage vorlegen werden: War es möglich, die Forderungen zu erfüllen? Wenn eine Behauptung abgelehnt wird und fast zu der gleichen Zeit die Firma ihre Preise für Messingwaren um 10 Proz. für Tombakwaren um 5 Proz. erhöht, da glaube ich sagen zu dürfen, daß die Firma Schmöle nicht den guten Willen zur Verständigung gehabt hat, sondern durch deren Eigenfinn das ganze Volk der Gemeinde verschuldet hat. Kein Fabrikant darf Arbeiter einstellen, die organisiert sind. Dadurch kämpft man weniger um die paar Pfennige Lohn, als vielmehr um das Organisationsrecht. Und das ist nicht nur in Minden der Fall, sondern es geht auch in anderen Städten anderer Reichsteile so. Die Organisationen sollen nicht anerkannt werden. Auf der einen Seite wird gesagt: der Arbeitgeberverband verhandelt mit den einzelnen Arbeitern. Ja, meine Herren, wenn der Arbeitgeberverband für sich als Organisation das Verhandlungsrecht in Anspruch nimmt, dann soll er auch gerecht sein und den Arbeiterorganisationen dasselbe Recht einzuräumen. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Wir protestieren gegen den Vorwurf, daß bei allen Streiks und Ausschreitungen nur der arbeitende Stand der alleinige Sünder sei. Nein, auch auf Seiten der Arbeitgeber gibt es genau so große, vielleicht noch größere Sünder als auf der Seite des arbeitenden Standes. Keiner Ansicht nach möchte hier eine Fiktion geschaffen werden, um Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht nur in diesem Falle, sondern auch in allen übrigen Fällen zusammenzubringen, sie zu verächtlichen und dadurch wirtschaftliche Kämpfe abzuhängen oder gar zu vermeiden. Ich schlage es sehr, daß hohe Regierungsbeamte meines Wissens 16 Wochen tatenlos zusehen haben, ohne daß sie einen Finger rührten, um die Streikenden zusammenzubringen. (Hört, hört! im Zentrum.)

Ich meine, ein Regierungspräsident hat nicht nur Repräsentationspflichten, sondern er hat, wenn ein solcher wirtschaftlicher Kampf die Industrie, zum Teil die Gemeinden und die Bürgerschaft zu ruinieren droht, doch die Pflicht auch freiwillig, ohne daß er angesprochen wird, einzugreifen oder wenigstens seine Dienste anzubieten. (Sehr richtig! im Zentrum.)

trum.) Das ist vom Standpunkt eines Parteimenschen, auch des Arbeiters nicht zu viel verlangt.

Im allgemeinen huldigen die christlichen Organisationen dem Frieden, und der Streik ist nur das letzte Mittel. Die- jenigen Tendenzen werden die christlichen Arbeiter treu bleiben trotz der Anfeindungen, die sie zu bestehen haben von sozialdemokratischer Seite, von der Seite der sogenannten Scharfmacher, aber auch von Seiten der Nationalen, die zahlreich noch in Preußen-Deutschland zu finden sind. Wir werden unseren Grundsätzen treu bleiben, und da meine ich, daß, wenn die Herzen von der freikonservativen Partei der christlich-nationalen Arbeiterchaft, die doch heute fast allein der eigentliche Stoßpuffer gegen die heranrückende Sozialdemokratie ist, helfen wollen, dann sollen die Herren keine Gesetze verlangen, die uns Schaden zufügen und sollen auch darauf einwirken, daß nicht noch Konkurrenzorganisationen gegen die christlichen Gewerkschaften gegründet werden.

Mir liegt das Protokoll des christlichen Gewerkschafts- kongresses von Dresden 1912 vor. Da wurde mitgeteilt, daß der Regierungspräsident von Düsseldorf einen Geheim- erlaß an die Landräte und Oberbürgermeister verschickt hat, den ich mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten vorlesen werde:

„Der Regierungspräsident Düsseldorf, den 11. Juni 1912. C. B. II. 1189. Postfach.

Die im nationalen Interesse sehr erwünschte Gründung und Entwicklung von „nationalen Werkvereinen“ hat in der letzten Zeit erfreuliche Fortschritte gemacht. Es besteht die Hoffnung, daß die auf die Gründung weiterer Vereine dieser Art gerichteten Bestrebungen günstige Erfolge haben werden.

Eure Hochwohlgeboren erjuchte ich, in dem Jahresbericht über den Stand der sozialdemokratischen u. w. Bewegung auch über das Bestehen neuer Gründungen und die Entwicklung nationaler Werkvereine im Bereiche Ihres Amtsbezirks zu berichten.

Zufüg für die Herren Landräte: Abdrücke liegen bei. gez. Kruse.

An den Herrn Polizeipräsidenten usw. Unten heißt es: „Geheim! Eigenhändig!“

Diese Gründung der gelben Werkvereine ist geeignet, das Fortwärtkommen der christlichen Arbeiterbewegung zu schädigen und zu hemmen. Ich will den Leuten persönlich durchaus nicht zu nahe treten, möchte aber sagen, daß diese Organisationen zweifellos nicht standesbewußte und auch nicht willensstarke Menschen erziehen, sondern, daß diese mehr oder weniger Werkzeuge in der Hand ihrer unteren und oberen Vorgesetzten sind. (Widerbruch der Nationalliberalen — Sehr richtig! im Zentrum.) Mögen es die Herren, die die Gründung veranlaßt haben, anders wollen, aber tatsächlich ist es so; und da wundert es mich, daß derselbe Herr Regierungspräsident, der vor Jahresfrist bei der Stichwahl in Düsseldorf zwischen einem Sozialdemokraten und dem Zentrumsmann Dr. Friedrich, es nicht über sich bringen konnte, an der Wahl teilzunehmen (hört, hört! im Zentrum) nun die gelben Gewerkschaften fördert, angeblich zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Das finde ich denn doch — ich will mich gelinde ausdrücken — mehr als bestrebend. Wir werden im christlichen Lager mit der Sozialdemokratie ohne Ausnahme fertig, wünschen aber, daß uns weder von der Staatsregierung noch von den anderen bürgerlichen Parteien Anspöckel zwischen die Beine geworfen werden.“

Auch wir sind mit dem Abg. Kollegen Gronowski der Ansicht, daß Regierungspräsidenten nicht nur Repräsentationspflichten haben, sondern bei schweren wirtschaftlichen Kämpfen, die die Bevölkerung ganzer Gemeinden schwer zu schädigen drohen, ernstlich zu vermitteln suchen sollen. Der Regierung soll das Gemeinwohl über allem anderen stehen. Das Kriegsministerium hat, wie wir an anderer Stelle schon besprochen, ebenfalls als Grund, im Falle Minden einmal nach dem rechten zu sehen. Es muß in der heutigen bewegten Zeit darauf bestehen, daß die Firma Schmöle u. Co. die Lieferungsstermine für die Heeresverwaltung einhält. Letzteres erscheint uns jedoch sehr fraglich, da das Gros der Facharbeiter der Firma nur schon über ein Vierteljahr lang im aufgedrungenen Lohnkampf steht.

Karthago.

An der Ostküste des tunesischen Meerbusens stand einst die starke, sagenumwobene Feste Karthago. Teils schon durch ihre natürliche Lage geschützt, war die Feste noch mit dreifachen Mauern umschlossen, so daß sie Jahrhunderte hindurch allen feindlichen Anschlägen und Eroberungsversuchen trotzte. So bildete sich die Sage, Karthago sei über Nacht von höheren Mächten an jene Stelle verlegt worden, und könne schlechthin auch vom tapfersten und wohlwollendsten Heere nicht bezwungen werden. Selbst die Römer, die die halbe Welt unter ihr Joch zwangen, hielten die Feste der Karthager für unbesiegt. — Nur einer von ihnen, der angesehene Senatsherr Cato war anderer Meinung. Unablässig bekämpfte er die die Tapferkeit der Karthager. Man berichtet von ihm, daß er sich regelmäßig am Schluß der Senatssitzungen zu einer Ansprache erhob, die immer mit den Worten schloß: „Unbegrüßtes bin ich der Meinung, Karthago muß fallen!“

Und der Erfolg dieses beharrlichen Kampfes gegen ein alteingewurzelttes Vorkriegs — Karthago fiel! Nach verzweifelter Gegenwehr unterlag es dem Ansturm der Römer.

Auch wir christliche Metallarbeiter haben eine Feste niederzulegen, die Feste Indifferentismus. Weil trotz vieler Berühmte ihre gänzliche Niederlegung noch nicht gelungen, hat sich nun leider bei vielen Kollegen schon die Meinung festgesetzt: „Es nützt doch nichts; der Indifferentismus ist ein Viehhäuter, an dem alle Befehlungen wirkungslos abprallen, eine Feste, die mit ihren zahllosen Mauern und Wällen und Türten jedem Angriff trotzt.“ — Und doch ist sie grandverlehet, diese Meinung. Wie das alte Karthago, so ist auch der Indifferentismus nur solange unbesiegt, wie seine Gegner noch an die Mär seiner Unbesiegtbarkeit glauben. Darum ist es gut, daß in unserer Verbandsorgan schon seit langem regelmäßig im-

mer wieder der Ruf wiederkehrt: Und dennoch, die Feste Indifferentismus muß fallen! Und es ist gut und notwendig, daß sich auch in unseren Versammlungen immer mehr Kollegen erheben, die dem lähmenden Vorurteil von der Unbezwingbarkeit des Indifferentismus energisch zu Leibe rufen.

Freilich, mit großen Paraden, mit öffentlichen Versammlungen allein, ist dem Indifferentismus nicht beizukommen. Der wirksamste Weg, die dem Aufstieg unseres Standes hinderliche Feste völlig zu schleifen, ist die planmäßige, unermüdbliche Kleinarbeit jedes einzelnen Kollegen. Jeder einzelne Stein, den wir aus den Mauern der Feste brechen, d. h. jeder einzelne Mann, den wir dem Indifferentismus entreißen und in unsere Reihen eingliedern, schwächt den Gegner und verstärkt unsere Position. Nicht umsonst erschallt also in unserem Organ und in unsern Versammlungen immer wieder der Ruf: Die Kleinarbeit muß in verstärktem Maße betrieben, die Hausagitation muß mit Ausdauer durchgeführt und fortgesetzt werden!

Gewiß, es gibt Kollegen — und leider nur zu viele — die in diesem Rufe zur Kleinarbeit, zur Hausagitation, nur eine unnütze Beschäftigung ihrer Persönlichkeit sehen. Wo nur das Wort Hausagitation fällt, da fühlen sie sich unbehaglich. Leider! Doch ist immerhin ein kleiner Teil unserer Kollegen dem Rufe gefolgt. Der praktische Erfolg ihrer Tätigkeit war zum Teil überraschend. Ja allmählich beginnen sogar die Kollegen, die der Kleinarbeit stets in weitem Bogen aus dem Wege gingen, die Berichte über die Erfolge der Hausagitation mit Interesse zu lesen. Ein altes Vorurteil beginnt zu schwinden — und das ist gut so.

Also die Hausagitation war von Erfolg gekrönt, das steht fest. Und dennoch, viel, viel größer hätte der Erfolg sein müssen, wenn in jeder Gruppe auch nur einige wenige Kollegen beherzt an die Arbeit gegangen wären. Als Beispiel sei hier die Tätigkeit einer mittleren Sektion der Ortsverwaltung Bochum angeführt. Die Verhältnisse sind, da hier die Großindustrie dominiert, sicher nicht besonders rosig. Die Mitgliederzahl der in Rede stehenden Gruppe macht etwa den 650ten Teil der Gesamtmitgliederzahl unseres Verbandes aus. Diese Sektion erzielte durch die Hausagitation von Mitte November bis Anfang Januar 22 Neuaufnahmen.

War unter diesen Kollegen nun etwa eine große Begeisterung für die Hausagitation vorhanden? — Bewahre!

Ein einziger Kollege war endlich des Bauderns müde, er nahm den ersten besten Kollegen sozusagen von der Straße mit und machte sich an die Arbeit. Es beteiligten sich dann im weiteren einmal 6, zweimal 4, ständig jedoch nur 2 Kollegen; und um das nur zu erreichen, mußte der Kollege noch ab und zu eine Anleihe bei den Bauhandwerkern machen. Also die Beteiligung war gar nicht so herkömmlich; der Erfolg ist auch nicht einmal ein außerordentlicher: eine ganze Anzahl von Orten hat ja bedeutend günstigere Erfolge aufzuweisen.

Aber trotzdem, hätte nur jede Ortsgruppe entsprechend ihrer Mitgliederzahl das Gleiche in der Hausagitation geleistet, dann hätten wir unserem Verband durch die Hausagitation in 2 Monaten 650mal 22, das sind über 14000 neue Mitglieder zuführen können. So summieren sich die anscheinend kleinen und kleinsten Erfolge der rührigen Kleinarbeit der Kollegen in den einzelnen Gruppen zu großen Erfolgen für den Verband. So können wir durch systematisch betriebene, pflichttreue Kleinarbeit den unseren Bestrebungen hindernd im Wege stehenden Indifferentismus fortlaufend empfindlich schwächen und die Zahl der Mitkämpfer für unsere Ideen von Tag zu Tag bedeutend erhöhen. Darum: „Der Indifferentismus muß fallen!“ Dieser Ruf darf in unseren Reihen nicht mehr verstummen. Zumal jetzt in diesen Wochen, die sich erfahrungsgemäß ganz besonders zur Kleinarbeit und Hausagitation eignen, stelle sich jeder Kollege in den Dienst der Werbearbeit. Und mögen selbst einzelne Forts der feindlichen Feste unbesiegtbar scheinen, sie sind es nicht! Karthago fiel — und auch die Feste Indifferentismus wird fallen, wenn jeder von uns seine Pflicht tut. B. St.

Etwas über lohnende Nebeneinnahmen gelber Angestellter und gut bezahlte Mollertätigkeit.

Die niedrigste und perfideste Kampfweise des Ehemer gelben Vereinsblütchens, des „Werkvereins“, besteht unstreitig darin, daß es in allen möglichen Variationen immer wieder die Beamten der Gewerkschaften bei den Arbeitern verächtlich, sie müßten im Interesse ihrer selbst die Arbeiterständig aufheben, zu welchem Zwecke sie Streiks inszenieren und sich diese Tätigkeit gut bezahlt ließen. Die schmutzige Verleumdung „vom Rücken von Arbeitergroßen“ wird dann bei jeder sich bietenden Gelegenheit neu aufgebaut. In der gelben Broschüre „455 Millionen Mark Arbeitergroßen“ wird im allgemeinen und auch von den christlichen Gewerkschaften sogar in Fettdruck gesagt, daß die Beiträge immer mehr auch für die Angestellten Verwendung fänden. Wenn aber gerade die im Solde des Großkapitals stehenden und von dessen Gnade und Ungnade abhängigen Personen sich nicht scheuen, im „Werkverein“ sogar die Verdächtigung auszusprechen, die Angestellten sorgten immer zuerst für sich, dann zeugt das von einer ganz niedrigen Gesinnung. Wir haben es bisher verschmäht, den Gelben auf diesem Wege zu folgen, trotzdem hört sicher niemand etwas umsonst tut. Da aber der „Werkverein“ in dieser niedrigen Sehe gegen die Angestellten der Arbeiterorganisationen, die „Angehörigen“, weiter fortfährt, sehen wir uns einmal veranlaßt, zu zeigen, daß diese Leute besser wie alle anderen so nebenher ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen wissen.

Der gelbe „Werkverein“ bringt an der Spitze seiner Nr. 6 eine Einladung zur am 15. Februar stattfindenden Gewe-

Kollegen!

Die Ausperrung in Wenden dauert weiter an, ein Ende ist noch nicht abzusehen. Die Sozialdemokratie sucht durch einen systematischen Verleumdungskampfbzug die Position der Wendener Kollegen zu erschweren. Tun wir daher unsere Pflicht. Vergesse keiner den regelmäßigen Extrabeitrag für die kämpfenden Arbeitsbrüder in Wenden.

raversammlung für die Mitglieder der gelben Genossenschaft „Verlag nationaler Schriften“. Unter Punkt 2 der Tagesordnung soll u. a. die Beschlussfassung über die Gewinnverteilung erfolgen. Daß die gelben Angestellten und Maller dabei nicht zu kurz kommen, zeigen folgende Mitteilungen, die der Essener Volksfreund in seiner Nr. vom 7. Februar machen konnte. Wir lesen da u. a.:

„Da ist z. B. der bereits oben wiederholt erwähnte Herr Sackbach, (der sich vor Gericht als der „ehrl. Maller“ zwischen Firma und Werkverein bezeichnete, Red.) der heute bei Krupp als Angestellter im Direktorium der Firma ein Gehalt von 6000 bis 7000 Mark bezieht. Dieser Herr gab damals am Gericht zu, daß er die Arbeit für den Werkverein, soweit sie es an sich zulasse, während der Dienststunden verrichte, und daß er seit der Zeit, da er „ehrl. Maller“ sei, wiederholt „größere Gehaltszulagen“ bekommen habe. Die Firma habe ihm zwar nicht ausdrücklich erklärt, daß diese Gehaltszulagen eine Vergütung für seine Tätigkeit im Werkverein seien, er könne das aber nicht in Abrede stellen. Zwar behauptete er damals auch, daß er für seine Tätigkeit in der Werkvereinsbewegung keinerlei Vergütung erhalte. Nebenher ist er aber auch Vorsitzender des Aufsichtsrats des Verlages der gelben Zeitung des Werkvereins. In dieser Eigenschaft bekommt er jährlich noch 3000 Mark (Dreitausend Mark). Man sieht also, daß er seine ehrl. Mallerarbeit ganz gut bezahlt bekommt und neben seinem Gehalt eine besondere Einnahme hat, die höher ist wie das Gehalt von 99 Proz. aller Gewerkschaftssekretäre in der christlichen Arbeiterbewegung.

Personen, die über 9000—10 000 Mark Einkommen verfügen und in einer Arbeiterbewegung eine maßgebende Rolle spielen, hätten, das ist unsere Meinung, alle Veranlassung, dafür Sorge zu tragen, daß in dem Organ, das von ihnen entscheidend beeinflußt wird, jene unfähig niedrige Berei gegen die Bezahlung der in der christlichen Arbeiterbewegung und der Gewerkschaftsbewegung überhaupt angestellten Personen unterbleibt.

Daselbe gilt von dem verantwortlichen Redakteur des „Werkvereins“, Herrn Dr. Arnold, dem eigentlich jene Separatikel zur Last zu legen sind, und der für sie verantwortlich zeichnet. Derselbe erhält auch zunächst als Redakteur beim „Werkvereins“ ein Gehalt von 4000—5000 Mark. Nebenher hat man ihn dann noch in den Aufsichtsrat des Verlages der Zeitung gewählt, und als Aufsichtsratsmitglied bekommt er nochmals 1200 Mark. Leute mit solchen Gehältern, die in der gesamten christlich-nationalen Arbeiterbewegung nicht anzutreffen sind, haben in der Tat den Beruf verfehlt, ihrerseits irgend etwas im Namen der Arbeiter zu vertreten oder überhaupt in deren Namen zu reden. Sie sollten sich aber zum mindesten hüten, die Frage der Bezahlung der Angestellten anzurühren.

Wenn die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre von ihren Kollegen zum Führeramt gewählt werden, dann haben sie sich wohl Anspruch auf Bezahlung. Jede Arbeit ist ihres Lohnes wert. Die Arbeiterbewegung mit all ihrer Agitations-, Organisations- und Verwaltungsarbeit stellt heute hohe Anforderungen an die Arbeitskraft des einzelnen, und die auf vielen Arbeiterführern lastende Verantwortung ist eine so große, daß sie nicht mit Geld, aufgewogen werden kann. Die übergroße Mehrzahl hat ein Einkommen von 1800—2500 Mark. Nur ein geringer Prozentsatz von 2500—3000 Mark, die mehr beziehen, sind an den Fingern abzuzählen. Und Personen, die in einer Bewegung tätig sind, in der sozusagen überhaupt keinerlei Verantwortung zu übernehmen ist, und die das Drei- bis Vierfache an Einkommen beziehen, scheuen sich nicht, in der Bekämpfung einer gegnerischen Bewegung auf das denkbar niedrigste Niveau herabzusinken.

Im übrigen dürfte noch interessieren, daß auch der als Vorsitzender geltende Herr Seb ebenfalls als Aufsichtsratsmitglied des „Verlags nationaler Schriften“ 900 Mark bezieht und die sonstigen Mitglieder des Aufsichtsrates jährlich 100 Mark bekommen. Man sieht, daß das gelbe Geschäft auch allen direkt Beteiligten immer noch eine ganz nette Nebeneinnahme bringt.

Soweit der Essener Volksfreund. Unsere Kollegen erfahren aus diesen Darlegungen, daß es für gelbe Maller und Angestellte wirklich ein einträgliches Geschäft ist, die selbständige christliche Gewerkschaftsbewegung zu bekämpfen. Die Geschädigten aber sind letzten Endes jene Arbeiter, die auf eine selbständige Vertretung ihrer Interessen verzichten; denn sie müssen schließlich die gelbe Beze bezahlen.

Dechanten werden dann gebeten, von dieser Bitte auch die Herren Kapitulare zu verständigen.

Der Brief, so schreibt das „Zentralblatt“ in seiner letzten Nummer, wäre jedenfalls besser nicht erlassen worden. Schon beim Streik von 1893 hat Herr Bischof Porum eine Publikation veröffentlicht, die ihm lange Zeit von vielen Saarbergarbeitern sehr verübelt wurde. Die Bischöfe der übrigen deutschen Diözesen haben noch nie in Arbeiterbewegungen eingegriffen; sie haben sich bei solchen Auseinandersetzungen ebenso zurückgehalten, wie sie bei Mißpreis-erhöhungen, Bierpreis-erhöhungen, Fleischteuerungen, Brotaufschlägen u. a. auf Eingriffe verzichteten. Und daß etwa den übrigen deutschen Bischöfen, wegen ihrer reservierten Haltung bei wirtschaftlichen Auseinandersetzungen der verschiedensten Art, sich eine Pflichtvernachlässigung vorgehalten worden wäre, ist erstens in den Kreisen nie in den Sinn gekommen. Auch an der Saar bestehen zur Zeit andere Verhältnisse als vor 20 Jahren. Der gewedertere und fortgeschrittenere Teil der Saarbergarbeiterbevölkerung beansprucht heute in der Beurteilung der berufswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Vorgänge im Bergbau und der zu ihrer Regulierung erforderlichen Maßnahmen die gleiche Bewegungsfreiheit und Selbständigkeit, wie alle anderen Interessentengruppen. Der betreffende Brief hätte zudem auf den Gang der Saarbergarbeiterbewegung keinen Einfluß auszuüben vermocht: die Mitglieder des Berliner Verbandes hätten sich in der Mehrzahl ohnehin nicht an einem Streik beteiligt, und die Mitglieder des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter hätten, wenn der Streik beschlossen worden wäre, trotz dieser bischöflichen Mahnung, der Gewerkschaftsvereinsfolge geleistet. Der Erlaß, oder wenigstens die Veröffentlichung dieses Briefes, wäre also auf alle Fälle besser unterblieben.

Aus diesen Gesichtspunkten heraus hat denn auch der „Bergknapp“, das Organ des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, an dem bischöflichen Schreiben Kritik geübt; das war sein gutes Recht. Eine Bewegung, bei der ernsthaft mit einem Streik gerechnet werden muß, kann nicht von duzendertei Stellen dirigiert werden. An der Saar wollen auch heute noch Tageszeitungen, Parteipolitiker, Abgeordnete, Geistliche u. a. bei allen größeren gesellschaftlichen Aktionen ein entscheidendes Wort mitreden. Daß damit der Organisation, die die Bewegung führt und daher in der Hauptsache auch die Verantwortung für sie zu übernehmen hat, die größten Schwierigkeiten entstehen und auch die Erfolgsmöglichkeiten einer Bewegung von vornherein gefährdet werden müssen, sollte man allgemein einsehen. Wenn sich trotzdem ein bestimmter Konzern der Zentrums- („Trierische Landeszeitung“, „Saarbrücker Volkszeitung“, „Münsterischer Zeitung“, „Germania“, „Duisburger Volkszeitung“, „Münsterischer Volksfreund“ u. a.) zu einer teilweise hochfahrenden und schnodderigen Kritik gegen den „Bergknapp“ zusammengelunden hat, so haben wir über das Verhalten mancher dieser Blätter unsere eigene Meinung. Es sind das fast dieselben Zeitungen, voran die „Germania“, die seinerzeit sich über den bekannten Brief des Kollegen Stegerwald an den Verleger der „Kölnischen Volkszeitung“ so sehr „aufregten“. Als dann wenige Wochen später bekannt wurde, daß der Direktor der „Germania“, (die sich insbesondere gegen Stegerwald als Zionswächter ausspielte) außerordentlich ungehobelt Ausdrücke gegen Herrn Kardinal von Kottbus gebraucht, was gegen den Germaniadirektor in dem gleichen Preßkonzern nicht eine Stimme der Kritik zu vernehmen. „Frankfurter Zeitung“, „Tägliche Rundschau“ u. a. haben denn auch dieses Verhalten, das die katholischen Grundzüge, je nachdem die in Frage kommenden Personen beliebt oder verhasst sind, angewandt wissen will, entsprechend ironisiert. Daß wir vor solchen „Hütern der katholisch-kirchlichen Autorität“ keinen besonders großen Respekt haben können und uns über die Motive, die sie zum Schreiben bestimmen, unseren eigenen Vers machen, wird man uns nachfühlen. Als geradezu dumm dreist verdient das Verhalten der Trierischen Landeszeitung festgenagelt zu werden. Dieses edle Blatt besitzt die Stirne, zur gleichen Zeit, wo es dem „Bergknapp“ Moral predigt sich über den Bischof von Kottbus als Spitterrichter auszusprechen, weil er von Berliner Fachabteilungen nichts wissen will. Das Stuttgarter Volksblatt schreibt daher der seltsamen Trierer Zionswächterin folgendes ins Stammbuch:

„Woher leitet also die Trierische Landeszeitung das Recht ab, den hochw. Bischof von Kottbus und die geistliche Diözesanleitung (der katholischen Arbeitervereine Red.) zu Loramerieren und zu tadeln? Sehen denn die übereifrigen Märgler und Kritiker nicht ein, was sie sich selbst für ein trauriges Zeugnis ausstellen dadurch, daß sie aus dem Hinterhalt der Anonymität heraus in der eigenen katholischen Presse über den Bischof einer anderen Diözese herfallen und ihn als weniger kirchlich öffentlich denunzieren? Was würde die Trierische Landeszeitung sagen, wenn ein schwäbisches katholisches Blatt sich gestatten würde, über die wirkliche oder angebliche Stellung des Oberhirten der Trierer Diözese zu dem Gewerkschaftsstreit einen Kritik Raum zu geben? (Ueber kirchliche Autoritätsverletzung würde sie sich geräuschvoll „entzünden“. Red.)... Wenn im Gegenjars dazu gewisse temperamentvolle Anonymi am Mojeßtrande glauben, gegenüber dem Bischof von Kottbus über solche Grundzüge sich wegzehnen und sich zu den gestrengen Jenseitern und Zionswächtern über die oberhirtlichen Kundgebungen desselben ernennen zu dürfen, dann charakterisieren sie dadurch bloß sich selbst — an Bischof Dr. von Keppeler kommen ihre Federübungen nicht heran.“

Gegenüber dem Verhalten der „Trierischen Landeszeitung“ hat der vorhin zitierte Preßkonzern sich nicht zu einer Kritik bemüht gesehen. Dieselben Blätter haben sich auch völlig ausgeglichen, als 1907 gelegentlich der Reichstags-„Stichwahl“ die Münchener Zentrumsführer gegen den damaligen Münchener Erzbischof, weil er, entgegen der Parteiparole sich öffentlich gegen die Wahl eines Sozialdemokraten aussprach, die schärfsten Worte gebrauchten. Herr Dr. Dohbrunner führte damals in einer Münchener Versammlung (nach dem Bayerischen Kurier zitiert) u. a. aus: „Diese Wahl ist uns ein außerordentlich lehrreiches Beispiel, sie zeigte uns, wie ein liberaler Wahlsieg mit Hilfe... und mit Unterstützung der höchsten geistlichen katholischen Behörden erzwungen werden kann.“ — Verhängen Sie sich. Es kann und wird sicher die Zeit kommen, wo die Herren, unsere angehenden

damalige Chefredakteur des „Bayerischen Kurier“, Herr Sieber, ließ sich in der gleichen Verammlung also vernehmen:

„Wenn man jahraus, jahrein vorne im Kampfe steht und sich mit Rot und Schmutz bewerfen lassen muß, dann zwei Tage vor der Wahl solche Worte von einem Erzbischof hören muß, dann fragt man sich unwillkürlich: wofür arbeiten wir denn eigentlich? — — — Die Erbitterung... über den Verrat an unserer Parteiliebe ist eine allgemeine.“

Weshalb erinnern wir an diese Vorgänge? Wollen wir der Presse überhaupt das Recht der Kritik an den christlichen Gewerkschaften verwehren? Absolut nicht! Wogegen wir uns vielmehr wehren und was uns empört, ist, daß die bezichtigeten Blätter sich immer nur dann als Zionswächter aufspielen und sich angeblich schützend vor die kirchliche Autorität stellen, wenn es gegen christliche Arbeiterblätter oder Arbeiterführer geht, während in anderen Kreisen gegenüber immer beide Augen zugedrückt werden. Diese Zwiespältigkeit und Unmoral einmal rückhaltlos zu brandmarken hielten wir für verdienstlich aus Gründen der Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit.

Allgemeine Rundschau.

Ein Verleppsfonds.

Am 30. März dieses Jahres feiert der uns allen bekannte und in unserer christlichen Arbeitererschaft allgemein hochgeachtete und beliebte Vorsitzende der Gesellschaft für Soziale Reform, Freiherr von Verleppsch, seinen 70. Geburtstag. Die hervorragenden Verdienste, die sich gerade Freiherr von Verleppsch als Bahnbrecher und unermüdblicher Förderer und Wegbereiter um die deutsche Sozialpolitik erworben hat, haben wir bereits in dem Artikel „Ein Pionier des sozialen Fortschritts“ in der Nr. 4 laufenden Jahrgangs unseres Organes in etwa gewürdigt. Als einst der Staatsminister Frhr. von Verleppsch, dem Druck des Scharfmachertums nachgebend, demissionierte, hat der Sozialpolitiker Frhr. von Verleppsch die Flinte nicht ins Korn geworfen und sich zur Ruhe gesetzt, sondern er ging von neuem an die sozialpolitische Arbeit. Die Gesellschaft für Soziale Reform ist sein Werk; und sein fehnlichster Wunsch ist, dieses Werk auch für die Zukunft sicher gestellt zu sehen.

Die Gesellschaft für Soziale Reform, der auch die christlichen Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit angeschlossen sind, hat sich dahin geeinigt, daß aus Anlaß des 70. Geburtstages ihres verdienten Vorsitzenden ein Verleppschfonds gebildet werde. Einem ausdrücklichen Wunsch des Herrn von Verleppsch entsprechend, soll dieser Fonds nicht gebildet werden aus größeren Zuwendungen aus den Hauptklassen der angeschlossenen Organisationen, sondern aus vielen kleinen Scherlein der Angehörigen jener Verbände und Organisationen, die die Gesellschaft für Soziale Reform bilden. Die Bildung des Fonds soll in der Weise vor sich gehen, daß in allen Ortsgruppen Marken mit dem Bildnis des Freiherrn von Verleppsch zum Preise von 10 Pf. verkauft werden. Unseren Verwaltungsstellen werden in den nächsten Tagen schon durch die Hauptgeschäftsstelle die Marken in genügender Anzahl übersandt werden.

Es ist selbstverständlich, daß unsere Mitglieder sich nach Kräften an der Bildung des Verleppschfonds beteiligen, gilt es doch einerseits einem Manne Dank und Anerkennung zu zollen, der sich als unermüdblicher Vorkämpfer auf sozialem Gebiete ein unvergängliches Denkmal in unser aller Herzen gesetzt hat und andererseits sein Werk, dessen Früchte uns in hervorragendem Maße zugute kommen, dauernd sicher zu stellen. Die Männer in hervorragenden Stellungen, die sich für die wirtschaftlich Schwachen einsetzen, haben vielfach ein wahres Martyrium zu ertragen. Neben dem Grafen von Posadowsky war seinerzeit Frhr. von Verleppsch in noch stärkerem Maße eine von allen Reaktionskräften behagte Persönlichkeit. An uns ist es nunmehr, zu zeigen, daß Dank und Anerkennung bei den christlichen Gewerkschaftlern noch keine verblähten Tugenden sind. Nur eine Klasse, die verdienstvolle Männer zu ehren weiß, wird auf die Dauer jene Charaktere und Persönlichkeiten finden, die sie zu ihrem Emporsteigen bedarf.

Zum Arbeiterchutz in der Großindustrie.

Wie die Tagespresse berichtet, finden gegenwärtig Verhandlungen zwischen den beteiligten Stellen über eine weitere Ausdehnung der Bestimmungen der Bundesratsverordnung für die Großindustrie vom 19. Dezember 1908 statt. Besonders ständen in Frage eine Einschränkung der Arbeitszeit, insbesondere der Schichtdauer, und Regelung der Pausen und Ruhezeiten. Vor allem soll auch die Ueberarbeit in den einzelnen Zweigen der Industrie dabei in Betracht gezogen werden. Eine Denkschrift über die gesamte Materie hätte vorerst nicht vorgelegt werden können, weil die hierfür notwendigen statistischen Angaben, die nur auf Grund der Berichte der Regierungs- und Gewerkschaften für Preußen vorliegen, von den übrigen Bundesstaaten noch nicht eingegangen seien. Die Schaffung eines besonderen Hüttenarbeiterchutzes, das im Hinblick auf eine Verfürung der Arbeitszeit, eine Verschärfung der Betriebskontrolle, den größeren Gesundheitsschutz und die Beseitigung der Unsicherheit der Entlohnung fordert, soll nach diesen Meldungen noch nicht in Frage kommen.

Unbestreitbar hat unser Dortmunder Verbandstag den Hüttenarbeiterchutz erneut in den Vordergrund des Interesses gerückt.

Die Hüttenarbeiter sollten aber nicht vergessen, daß sie auch selbst Hand anlegen müssen zur Eringung besserer Verhältnisse. Solche bekommen sie nicht durch gelbe Spielereien und Indifferentismus, sondern nur durch zielbewusste Gewerkschaftsarbeit im guttätigen Metallarbeiterverband.

Nachfrage zur Saarbergarbeiterbewegung.

An der Saar existierten bis vor nicht langer Zeit für die Arbeiter im Vergleich zu den übrigen Bezirken Deutschlands noch anormale Verhältnisse. Die Direktionsbeamten der Saarbergbauverwaltung in Gemeinschaft mit Herrn von Stamm fühlten sich bis ins zwanzigste Jahrhundert hinein als unbeschränkte Herrscher von Saarabien. Sie schrieben ihren Arbeitern vor, welche Gasthäuser sie besuchen, welche Zeitungen sie lesen durften u. d. Das hatte zur Folge, daß auf der anderen Seite insbesondere die katholische Geistlichkeit sich der Arbeiter warm annahm und bei den verschiedensten Anlässen ihr Berater wurde. Gewerkschaftliche Arbeiterorganisationen konnten sich vom letzten Saarbergarbeiterstreik (1893) bis zu dem bekannten Silberprozeß (1904) — Silber war lange Zeit Saarbergwerksdirektor und mußte wegen der Ergebnisse des Prozesses zurücktreten — an der Saar nicht durchsetzen. Aus dieser Gesamtsituation erklärt es sich, daß der Selbständigkeitsgedanke in berufswirtschaftlichen Angelegenheiten unter der Saarbergarbeitererschaft sich später herausbildete, als bei den Arbeitern der übrigen Bezirke. Diesem Hintergrunde ist wohl auch der Brief entsprungen, den der Bischof von Trier, Herr Dr. Porum, in Sachen der Saarbergarbeiterbewegung an die Dechanten von Saarbrücken, Otweiler, St. Wendel und Lebach gerichtet hat.

Der Bischof betont in dem Briefe, obgleich er überzeugt sei, daß die betr. Geistlichen alles aufbieten würden, ihre Pflichten „von dem ungelogen Streik zurückhalten, in gläubiger Besorgnis, noch in letzter Stunde Sie innig bitten zu sollen, die Arbeiter von einem unüberlegten Streik abzuhalten.“

Ohne Lügen kommt die rote Hegogitation nicht aus.

Unter der Spitzmarke „Christlicher Arbeitswilligendienst“ und Ähnlichen ging kürzlich von Bremen aus ein ganz verlogener Waffenzettel durch die rote Presse. Danach sollte das christliche Arbeitersekretariat Bremen der Direktion der Bremer Rolandmühle 15 (manche Blätter redeten sogar von 15-18) brauchbare Arbeiter angeboten haben, trotzdem die „Frei“-organisierten dort im Streik standen. Da nun in Bremen außer unserem Verbandsbüro ein christliches Arbeitersekretariat nicht besteht, sandte unser dortiger Beamter, Kollege Dohler, dem Bremer sozialdemokratischen Blatt auf die unmotivierten Angriffe und Verdächtigungen zweimal prägnante Berichtigungen zu. Da jedoch die übrigen roten Blätter, die die Verleumdungen bereitwilligst übernahmen, die Richtigstellung nach bekannter Methode unterschlugen, sei im nachfolgenden der wirkliche Sachverhalt dargelegt:

Ende Dezember legten in der Rolandmühle 36 Speicherearbeiter die Arbeit nieder. Am 1. Januar brachte dann die bürgerliche Presse ein Inserat, in welchem genannte Mühle 30 Speicherearbeiter suchte. Am 2. Januar früh fragten dann 9 arbeitslose christlich organisierte Arbeiter auf unserem Verbandsbüro um Arbeitsgelegenheit nach. Nach telefonischer Anfrage bei dem Direktor wurden die Leute nach der Mühle verwiesen. Nachmittags erschienen dann die 9 Arbeiter vollständig wieder auf dem Büro mit der Mitteilung, daß in der Rolandmühle gearbeitet werde. Am gleichen Abend erst brachte auch das sozialdemokratische Organ die erste Notiz über den Streik. Selbstverständlich hat keiner der arbeitslosen christlichen Arbeiter auf der Mühle angefangen. Das ist der nackte Tatbestand!

Trotzdem nun dem Bremer roten Blatt zweimal eine prägnante Berichtigung im Sinne obiger Darstellung zugeht, hält der sozialdemokratische Brauer- und Mühlenarbeiterverband an seinen Verleumdungen mit Klauen und Zähnen fest. Er gibt dabei vor, sich auf angebliche Mitteilungen der Direktion stützen zu können. Demgegenüber stellen wir fest, daß unserem Bremer Beamten ein Schreiben des Direktors zugegangen ist, dessen Inhalt sich absolut nicht mit den Behauptungen der Genossen deckt. Wenn schon die Sozialdemokraten glauben, ohne Unwahrheiten und Verleumdungen bei ihrer Hegogitation nicht auskommen zu können, so wird man ihnen doch an anderer Stelle schon zeigen, daß sie die Ehre christlicher Arbeiter nicht ungestraft mit Füßen treten dürfen.

Stimmen für die christlichen Gewerkschaften aus dem evangelischen Lager.

In drei evangelischen Gemeindeversammlungen zu A u c i. Sachsischer Gewerkschaftssekretär Kollege Voigt-Dresden über die Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Nachstehende Resolution wurde jedesmal einstimmig angenommen:

„Die Versammelten erkennen die Notwendigkeit an, daß die zahlreichen christlich und national gesinnten Arbeiter Schutz und Stärkung finden in einer christlichen Organisation und versprechen, eine solche, wie sie in der „Christlichen Gewerkschaft“ seit Jahren an vielen Orten unseres Vaterlandes in Segen wirkt, mit allen Kräften zu fördern.“

Das widerlegt besser als alles andere das sozialdemokratische Gerücht von den „Zentrums“gewerkschaften.

Die Tarifverneuerung im Malergewerbe.

Das Malergewerbe ist im Begriff, seinen Reichstarifvertrag, an welchem auch unsere Bruderorganisation, der Zentralverband christl. Maler Kontrahent ist, zu erneuern und bei dieser Gelegenheit weiter auszubauen. Nachdem die Verhandlungen hierzu vom 8. bis 11. Januar gedauert hatten, waren sie über allgemeine Erörterungen zwischen der Meister- und Gehilfenschaft nicht hinausgeblieben. Sie wurden daher auf Vorschlag der unparteiischen Vorsitzenden Dr. Bremer-München, Beigeordneter Rath-Essen und Mag. Rat v. Schulz-Berlin bis zum 23. Januar vertagt. Inzwischen sollten die Arbeitgebervertreter sich von ihren Mitgliedern Vollmacht holen, um Zugeständnisse zur Frage der Arbeitszeitverkürzung und Lohnserhöhung machen zu können.

Am 23. Januar wurden die Verhandlungen fortgesetzt und zunächst in den Tagen bis zum 28. Januar das Vertragsprogramm fertiggestellt. Hierbei gelang es den Gehilfen, eine Anzahl Verbesserungen zu erreichen, sodas der Tarifvertrag nimmermehr besser wie bisher als Friedensinstrument zu wirken geeignet ist. Interesse beanspruchten zwei Punkte: Vom sozialistischen Malerverband war beantragt, die Arbeitsnachweise streng obligatorisch zu gestalten. Demgegenüber vertrat der christliche Malerverband seinen ablehnenden Standpunkt, der sich mit jenem unserer Gesamtbewegung deckt, mit dem Erfolg, daß der rote Vorstoß wirkungslos verpuffte. Es ist nun im Malergewerbe der Gefahr eines sozialistischen Arbeitsmonopols auch auf diesem Wege vorgebeugt. Die andere Frage wurde von den Arbeitgebern angeordnet; sie verlangten von den Gehilfenorganisationen, für jede Tarifverlängerung finanziell zu haften. Da diese Haftung die Reichsämterlichkeit der Berufsvereine zur Voraussetzung hat, sind dieses Verlangen keine Berücksichtigung im Tarifvertrag. Am 28. Januar gaben die Arbeitgeber ihre Angebote zur Arbeitszeit- und Lohnfrage ab. Eine Arbeitszeitverkürzung solle im Winter erfolgen. (Wo 63 Prozent der Gehilfen arbeitslos sind und der Rest ohnehin nur circa 7 Stunden täglich arbeiten kann!) Zu Lohnserhöhungen wollten die Landesteile Rheinland-Pfalz, Süddeutschland und Brandenburg für 1913 und 1914 je einen Penny in Aussicht. Norddeutschland mag gar nichts, Sachsen und Schlesien will zur Förderung des Tarifgedankens ebenso viel geben. Schlimm steht im Osten, wo nach Aussage eines dortiger Meisters das Malergewerbe unter der Spitzmarke und Schmarckenpolitik besonders schwer zu leiden hat und deshalb nur 1913 einen ganzen Penny bezahlen kann.

Nach diesen „hohen Angeboten“ bekränzten die Gehilfen ihre Forderungen mit gutem Material. — Da aber die Arbeitgeber wohl die Berechtigung der Forderungen zwischen, nicht aber wirkliche Zugeständnisse machen, wachst die Unzufriedenheit am 29. Januar der Vorlage, die Frage der Arbeitszeiten und Löhne in den einzelnen Gauen zu erörtern und wo das nicht gelingt, am 22. Februar in Berlin ersichtlich zu entscheiden. Der alte Tarif ist bis zum 28. Februar verlängert. Dessen Vorschlag wurde allgemein zugestimmt. Wenn die Arbeitszeit und Lohnhöhe eine ebenso befriedigende Regelung erfährt, wie das hinsichtlich des Tarifvertrages geschehen ist, rechnen die Maler mit einem friedlichen Abschluß ihrer Bewegung.

Wieder ein Kampf ums Koalitionsrecht.

Unter dieser Ueberschrift berichteten wir in unserer Nr. 4, daß der Inhaber der Gebetsbuchfabrik Thum in Revelaar

durch Maßregelungen die Organisation der Gehilfen zu unterdrücken suchte, wodurch den Arbeitern der Kampf ums Koalitionsrecht aufgebunden wurde. Die Differenzen scheinen sich jetzt zuspitzen und einen größeren Umfang annehmen zu wollen. Was Kenner der Verhältnisse in Revelaar ahnten, hat sich inzwischen als Tatsache herausgestellt; die Firma Thum steht mit ihrem Vorgehen gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht allein, andere Gebetsbuchfabrikanten in Revelaar fühlen sich in dieser Frage mit dem Fabrikanten Thum solidarisch und suchen ihm im Kampf gegen die Arbeiterorganisation beizuspringen. Man versuchte Streikarbeit von Thum in den anderen Betrieben unterzubringen, was von den Arbeitern natürlich abgelehnt wurde. So entstanden auch in den anderen Betrieben Differenzen und nahm die Bewegung weiteren Umfang an. Bei Thum stehen 40 Gehilfen im Streik, bei weiteren Firmen — Buhon u. Verker, van Wienberg, von Dannwik und Deriks u. Gansen — haben die im Graphischen Zentralverband organisierten christlichen Arbeiter die Kündigung eingereicht.

Wenn die Unternehmer auf ihrem sozial-rückständigen Standpunkt verharren und das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht respektieren werden, steht ein heftiger hartnäckiger Kampf bevor. Die christlich-organisierten Arbeiter sind fest entschlossen, den aufzueingewungenen Kampf aufzunehmen und das Recht der Koalition bis zum äußersten zu verteidigen. Die gesamte christlich-nationale Arbeiterbewegung fühlt sich mit dem angegriffenen Graphischen Verband solidarisch. Das „Zentralblatt“ wie auch die Organe der katholischen Arbeitervereine — „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ und „Arbeiter“-München — haben den im Kampf stehenden Revelaarer Arbeitern die nachdrücklichste Unterstützung zugesagt. Insbesondere sind es die katholischen Arbeitermassen als die Abnehmer der Revelaarer Gebetsbuchfabriken, die den dortigen reaktionären Unternehmern zum Bewußtsein bringen können, daß sie sich die gewaltsame Unterdrückung des Koalitionsrechtes nicht gefallen lassen.

Aus Wirtschaft und Leben. Geschäftsergebnisse.

Die Aktiengesellschaft C. Hedmann in Duisburg und Maschinenbau erzielte im letzten Geschäftsjahre nach 655 000 Mark Abschreibungen gegen 337 000 im Vorjahre einen Reingewinn von 855 000 Mark. Dieser soll folgendermaßen verteilt werden: Dividende 7 Proz. gleich 700 000 Mk., Rücklage 40 000 Mk., Gewinnanteile 51 000 Mk., Vortrag 66 000 Mk. — Bei der Maschinenfabrik Sattung in Düsseldorf beträgt der Rohüberschuß 330 000 Mk. Dagegen erforderten Verwaltungsg- und sonstige Unkosten 190 986 Mark, Zinsen 13 545 Mk., Abschreibungen 83 621 Mk., sodas ein Reingewinn von 42 080 Mk. verbleibt. Folgende Verwendung wird vorgeschlagen: Gewinnanteile 3000 Mk., ordentliche Rücklage 1500 Mk., Latonsteuer 4000 Mk., 2 Proz. Dividende gleich 22 000 Mk., 11.580 Mk. als Vortrag auf neue Rechnung. — Die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf beschloß das Jahr mit einem Rohüberschuß von 4 433 000 Mk., gegen 3 224 000 i. V., wozu noch 20 404 Mk. Zinsen, 65 160 verfallene Dividende und 297 434 Mk. Vortrag treten. Ab gehen Abschreibungen 1 214 002 Mk., Anleihezinsen 181 080 Mk., Unkosten z. 1 625 819 Mk., Steuern 70 367 Mk., Provisionen 80 059 Mk., Effektenverlust 8032 Mk. Es bleibt hiernach ein Reingewinn von 1 636 671 Mark (768 849 Mk. i. V.) zu folgender Verwendung: Reserve 66 962 Mk., Abschreibung auf Gebäude und Maschinen 400 000 Erneuerungsfonds 404 402 Mk., Unterstützungsfonds 25 000 Mark, Vorkosten z. 262 991 Mk., Latonsteuer 30 000 Mk., Verzinsung von 6845 Gewinnanteilscheinen zu 18 Mk. gleich 123 210 Mk., Tilgung von Gewinnanteilscheinen 81 025 Mk. und Vortrag 243 080 Mk. Die Verwaltung hat also den diesjährigen Mehrertrag in der Hauptsache zu Rückstellungen benutzt.

Die Deutsche Drahtindustrie im Jahre 1912.

Der „Anzeiger für die Drahtindustrie“ schreibt darüber u. a.: „Unvergleichlicher Weise ist das Jahr 1912 für die deutsche Draht- und Drahtwaren-Industrie eine Zeit der Hochkonjunktur geworden, soweit wenigstens der Umfang der Nachfrage und des Absatzes in Frage kommt; dagegen ließ die Preisbildung manches zu wünschen übrig, sie war für einzelne Zweige, namentlich für die Fabrikation von gezogenen Drähten und Drahtstiften, sogar direkt ungünstig, weil hier das Fehlen von Preisvereinbarungen die der Verteuerung der Halbfabrikate entsprechenden Preiserhöhungen verhinderte.“

Im Walzdrahtgeschäft war von Anfang an eine weitere Belebung gegenüber den letzten Monaten des Vorjahres zu verzeichnen und diese hielt auch das ganze Jahr an. Der erhöhte Absatz erstreckte sich nicht allein auf das Inland, sondern auch auf das Ausland, wozu in den ersten zehn Monaten an gewöhnlichem Walzdraht 1 669 000 Doppelzentner, gegen 1 338 000 Doppelzentner in der gleichen Periode des Vorjahres, ausgeführt wurden. — Der Grundpreis für gewöhnlichen flinken Walzdraht stellte sich zu Anfang des Jahres auf 122,50 bis 125 Mk., wurde im Mai auf 127,50 bis 130 Mk. erhöht und behielt diese Höhe bis zum Schlusse des Jahres. In einer weniger günstigen Lage befanden sich die Fabriken von gezogenen Drähten, namentlich die reinen Werke, die einen verheerenden Konkurrenzkampf mit den gemischten Betrieben und dem Auslande zu bestehen hatten. Wohl war die Nachfrage nach ihren Fabrikaten, namentlich im Inlande, recht zufriedenstellend, aber die Preislage sehr unerfreulich, weil die Regelung derselben durch ein Schindlart fortfiel. Der Grundpreis für gewöhnlichen gezogenen Draht stellte sich anfänglich auf 137,50 Mk., von Mitte des Jahres ab auf 142,50 bis 147,50 Mk.; derjenige für verzinkten Draht auf 167,50 bis 172,50 Mk., später bis 170 bis 175 Mk.; beide Notierungen standen also hinter den Schlusspreisen des Vorjahres zurück, während sich diejenigen für Walzdraht schließlich wieder gleichlanten. Ähnlich lagen die äußeren Verhältnisse für die Drahtstifte-Industrie, nur schmit diese noch schlimmer ab. Auch hier war die Nachfrage nicht schlecht, aber der Wettbewerb der gemischten Werke war derart heftig, daß die Drahtstiftepreise sich niemals über den Preisstand für gezogenen Drähte erheben konnten, sehr oft sogar darunter blieben.

Die Stacheldrahtfabriken hatten in den ersten Monaten des Jahres zu tun, später ließ das Auslandsgeschäft sehr nach. Die Preise waren ebenso gedrückt wie für Drahtgeflechte und Gewebe, wozu auch diese Artikel in steigendem Umfange im In- und Auslande gesucht. Die Vereinigung deutscher Drahtstiftfabriken konnte die Notierungen für die verschiedenen Sorten, einschließlich der Rohmaterialienkosten und der regen Nachfrage, regulieren. In ähnlicher Weise ging die Handels-

fährten-Bereinigung und die nicht kartellierten Schraubenfabriken vor, indem sie die Absatzfrage ermäßigten. Die Fabrikanten von isolierten Drähten und Kabeln erfreuten sich eines stilleren Geschäftsganges, infolge der stetigen Ausbreitung der elektrischen Leitungen, speziell der Ueberlandzentralen, sowohl im Inlande als auch in den fremden Staaten.“

Jedenfalls wäre es im Interesse des ganzen Gewerbes wünschenswert, wenn durch eine neue Konvention die Preise auf eine der Konjunktur entsprechende Höhe gebracht würden.

Streits und Lohnbewegungen.

München. Der Tarif der Kunst- und Bauschlosser wurde vom Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zum 31. März gekündigt. Zweck Neuabschluss des Tarifvertrags der Spengler, Kupferschmiede, Monteur und Helfer fanden bereits Verhandlungen mit den Arbeitgebern statt.

Berne. Zur Auswertung bei der Firma Veien berichteten wir in Nummer 5 unseres Verbandsorgans, daß die Betriebsleitung, nachdem sie die Wünsche der Arbeiter als berechtigt anerkannt und sich über die kritischen Punkte mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen geeinigt hatte, zwei Tage darauf telefonisch die Mitteilung machte, daß der Chef die getroffenen Vereinbarungen nicht anerkenne. Weitere zwei Tage später befandete dann der Betriebsleiter durch die Kündigung der Former und Kernmacher, daß die Firma auf jede weitere Verhandlung verzichte. Die Sachlage ist inzwischen noch unklarer geworden. Da ist zunächst die Tatsache zu verzeichnen, daß den Formern nach der erfolgten Kündigung bedeutend höhere Akkordpreise gezahlt wurden wie vorher. Nachdem dann die Arbeiter den Betrieb verlassen, wurde nach „berühmten“ Mustern eine internationale Streikbrüderkolonne a la Sinke eingestelt, die am Sonntag abend durch Vermittlung der Firma Veien im evangelischen Vereinssaal untergebracht wurde. Fest steht in dieser Beziehung vorläufig, daß den maßgebenden Personen von der Einquartierung einer „gewerksmäßigen“ Streikbrüderkolonne im evangelischen Vereinssaal nichts bekannt war. In zahlreichen anderen Orten haben Bürger und Arbeiterdass es abgelehnt, diese „nützlichen“ Glieder der Gesellschaft zu beherbergen. Es steht fest, daß die Firma Veien diesen Leuten bedeutend höhere Löhne bezahlen muß, als die entlassenen Arbeiter gewünscht haben. Weshin kann die Lohnfrage der Streikpunkt nicht sein. Ferner erklärte der Betriebsleiter Herr Scherer in einer Versammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes, in welcher er wiederholt das Wort ergriff: „Selbstredend sei ihm der einzelne Arbeiter nicht maßgebend.“ Auch hier betonte der Betriebsleiter, daß sich seine Ausführungen mit den Ansichten des Betriebschefs deckten. Warum, so fragen wir, hat man denn eigentlich die alten Arbeiter entlassen und ihnen den Kampf aufgebunden? Die Arbeiter sind nach wie vor bereit, zu einem ehrlichen Frieden die Hand zu reichen; will aber die Firma sich den Luxus erlauben, in Zukunft von der Hingebare die Arbeiten fertig machen zu lassen, so können die Arbeiter dem um so mehr mit Ruhe zusehen, da sie bereits, bis auf wenige, anderwärts Arbeit gefunden haben.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Werdohl. Die Firma Gebr. Honsel in Werdohl ist für Britanniawarenarbeiter gesperrt.

Menden. Bei der Firma Schmole & Co. stehen unsere Kollegen im Streik. Sämtliche organisierten Metallarbeiter in den dem Arbeitgeberverband Menden angeschlossenen Betrieben sind ausgesperrt. Jeder Zugang nach dem Mendener Industriegebiet ist strengstens fernzuhalten.

Dortmund-Schwerte. Die Abteilung Drahtzug der Eisenindustrie ist zwecks Beseitigung von Mißständen gesperrt. Düsseldorf. Ueber die Gießerei der Firma Schieß wurde wegen Akkorddifferenzen die Sperre verhängt.

Berne. Die Firma Veien hat mit Ausnahme von einigen älteren Leuten sämtliche Former und Gießereiarbeiter entlassen. Zugang ist streng fernzuhalten.

Dortmund. Ueber die Stahlgießerei der Dortmunder Union wurde die Sperre verhängt.

Zugzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der am 30. August 1911 getätigte Vertrag zwischen unserem Verband und dem Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter (M.-D.) ist aufgehoben.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag den 16. Februar der achte Wochenbeitrag für die Zeit vom 16. bis 22. Februar 1913 fällig.

Aus dem Verbandsgebiet.

Hensburg. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 27. Januar in unserem Versammlungsort, Marienstr. 1, statt. Erschienen war auch unser früherer Bezirksleiter, Kollege Hartmann, aus Hamburg. Den Tätigkeitsbericht erstattete der Vorsitzende Kollege Fril. Das Jahr 1912 stand im Zeichen der Hochkonjunktur, speziell im Schiffbaugewerbe. — Sämtliche Schiffswerften waren mit Aufträgen überhäuft, so daß der Lieferungsstern nicht immer innegehalten werden konnte, trotzdem auf vielen Werften durch Ueberstunden die Arbeitszeit verlängert wurde. Auch im verfloffenen Jahre hatten Arbeitgeber und Arbeitnehmer oft auf gespanntem Fuße. Den Forderungen und Wünschen der Arbeiter hat man größtenteils Gehör geschenkt und so wurden größere Kämpfe vermieden. Die Werftarbeiter aller Branchen haben daher auch Erfolge zu verzeichnen, indem sie auf friedlichem Wege eine Erhöhung des Stundenlohnes durchsetzten. Durch das geschlossene Auftreten der Arbeiter konnten auch mehrere angekündigte Akkordabzüge verhindert werden. Bei dieser praktischen Arbeit standen unsere Kollegen stets auf ihrem Posten; sie haben mit ganzer Kraft dazu beigetragen, die Lage der Arbeiterdass zu verbessern. Dies muß auch im

Kommenden Jahre ein Ansporn für uns sein, auf diesem Wege weiter zu arbeiten.

Der Mitgliederbestand in unserer Ortsgruppe war zu Anfang des Jahres 199 männliche 2 weibliche und 3 jugendliche Mitglieder. Aufgenommen wurden im Berichtsjahre 28 und 2 jugendliche. Ausgetreten, abgereist und gestorben sind 40 männliche, 1 weibliche und 2 jugendliche Mitglieder. Der heutige Mitgliederbestand ist: 187 männliche, 1 weibliche und 3 jugendliche Mitglieder. Die Kassenverhältnisse gestalten sich folgendermaßen: Die Gesamteinnahme betrug 7029,05 Mk., die Gesamtausgaben 6272,85 Mk. Hier von wurden als Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit und Arbeitslosigkeit bezahlt 2388,33 Mk., bei Notfall 18,04 Mk., an Reiseunterstützung 4,00 Mk. und für Rechtschutz 6,60 Mk.; für Unterstützungen insgesamt also 2416,97 Mk. An die Zentrale abgeleitet wurden 3208,47 Mk. Der Bestand der Kasse betrug zu Anfang des Jahres 1912 604,82 Mk. und am Schlusse des Jahres 650,53 Mk. In zwei sozialen Wahlen beteiligten sich die Mitglieder unserer Organisation, bei der Gewerbetätigenwahl und bei der Wahl des Arbeitsausschusses auf der hiesigen Werk. Trotz außerordentlich starker Agitation der „Freien“, gelang es uns, einen Kollegen in den Arbeiterausschuß hineinzubekommen.

Zum Schlusse forderte Kollege Fried die Mitglieder auf, im kommenden Jahre kräftig für unsere Ortsgruppe zu wirken, damit das Jahr 1913 das verfloßene an Erfolgen noch übertrifft. Hierzu müssen aber alle Kollegen mitwirken, keiner darf zurückbleiben, ein jeder muß einen Vertrauensposten ausfüllen, ein jeder Kollege seinen Mann stellen. Einer für alle alle für einen! Nachdem Kollege Hartmann-Hamburg Bericht über die Tätigkeit des Verbandes, über den Gewerkschaftsstreik, sowie den Streik unserer Kollegen in M e n d e n erstattet hatte, wurde der Tätigkeitsbericht von der Versammlung genehmigt und dem Vorstand für das verfloßene Jahr Entlastung erteilt. Bei der anschließenden Vorstandswahl wurden sämtliche Vorstandsmitglieder einstimmig wiedergewählt. — Und nun Kollegen von Flensburg, mit Vollbampf voraus!

Altena (Westf.). Hier recht stürmischen Verlauf nahm eine am 26. Januar hier abgehaltene öffentliche Versammlung unseres Verbandes, die überaus stark besucht war. Kollege Steinacker-Menden redete über die Ursachen und den Verlauf der Metallarbeiterausperrung in Menden. An Hand eines umfangreichen Materials wies der Kollege in überzeugender Weise nach, daß nicht die Menden Kollegen und der christliche Metallarbeiterverband die Schuld an der Ausperrung tragen, sondern daß dieselbe voll auf Arbeitgeberseite liegt. Der Referent sprach äußerst ruhig und sachlich und erwähnte mit keinem Worte die gegnerischen Organisationen. Eine Anzahl sozialdemokratisch organisierter versuchten trotz alledem auch hier im Trüben zu fischen. Auf die konfuse Anführungen der sozialistischen Disfunktionsredner über Stuttgart und Hilben hier einzugehen, erübrigt sich, da diese „Streikbrüche“ schon hundertmal wiederholt sind. Über einen Radau führten die Genossen aus, daß wir uns schon in den Zukunftsstaat verfeßt glaubten. Ein Ausspruch des sozialdemokratisch organisierten Bauarbeiters Debuss, der so recht die echt sozialistische „Freiheit“ und „Duldsamkeit“ zur Schau trug, verdient doch festgehalten zu werden. Dieser Genosse sagte wörtlich: „Wir werden den christlichen Metallarbeiterverband hier in Altena ebenso wenig ankommen lassen, wie wir im Vorjahre den christlichen Bauarbeiterverband auch nicht haben aufkommen lassen!“ Als Antwort schaltete dem roten Bruder von der großen Mehrheit der Versammlungsbesucher entgegen: „Nun erbt recht!“

Genosse Debuss mag sich trösten, er braucht ja den christlichen Metallarbeiterverband in Altena nicht mehr auskommen zu lassen, dieweil derselbe schon längst da ist und erfreuliche Fortschritte macht, zum größten Leidwesen der Genossen.

Den nachfolgenden Rednern und dem Referenten war es ein Verhängnis, das rote Gesinnung ab absurdam zu führen. Als Verlegenheitsprodukt, und um noch zu retten was zu retten war, wurde von den Genossen nun schnell ein Hoch auf die sozialistischen Gewerkschaften ausgebracht, in das dann auch etwa 20 wackelnde Genossen einfielen. Als sie vom Vorsitzenden nun aus dem Saal verwiesen wurden, zogen sie unter Geheul, wie eine Rote Wilder ab. Nun konnte die Versammlung in Ruhe zu Ende geführt werden.

Kollegen von Altena! Nun heißt es mit doppeltem Eifer, mit doppelter Kraft für die Verbreitung unserer Ideen in Altena zu arbeiten. Immer neue Scharen müssen dem christlichen Metallarbeiterverbande zugeführt werden. Tut jeder Kollege seine Pflicht, so werden wir den roten Helben von Altena zeigen, wo Barthel den Most holt. Auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bedürfen in sehr vielen Betrieben der Verbesserung. Macht eure Arbeitskollegen darauf aufmerksam, daß ihr Platz nicht bei den roten Radaubrüdern sein kann, sondern daß ihre Interessen nur im christlichen Metallarbeiterverbande vertreten werden.

Röln-Ohrenfeld. Am 26. Januar hielt unsere Sektion ihre gut besuchte Generalversammlung ab. Der vom Kollegen Marx erstattete Jahresbericht zeigte, daß wir auch dieses Jahr, trotz den Anstrengungen unserer Gegner, ein gutes Stück vorwärts gekommen sind. Die Mitgliederzahl stieg von 351 Ende 1911 auf 526 Ende 1912. Ein Beweis, daß man bemüht war, die im vorigen Jahre gestifteten Vorsätze in der Tat umzusetzen. Leider ging uns im Laufe des Jahres manches Mitglied wieder verloren. Der Versammlungsbesuch ließ manchmal zu wünschen übrig. Es wurden 21 Mitgliederversammlungen und 18 Vorstand- und Vertrauensmänneritzungen abgehalten. Durch geeignete Vorträge wurde versucht, die Versammlungen interessant zu gestalten. Durch Abhaltung von studentischen Unterrichtskursen wurde den Kollegen Gelegenheit geboten, ihr Wissen auf allen Gebieten zu erweitern.

Das Ergebnis der Hausagitation kann bei uns nach den Erfolgen anderer Sektionen nicht befriedigen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß außer dem Mangel an Mitarbeitern ein Teil der Kollegen den Wert der Hausagitation immer noch nicht zu würdigen weiß. Das Ergebnis der Agitation unter den Jugendlichen war befriedigend. Doch muß und kann auch hier noch weit mehr geschehen. Ebenfalls müssen die Kollegen mehr darauf bedacht sein, mit ihren Beiträgen nicht im Rückstande zu bleiben, wenn sie in Fällen von Krankheit oder Arbeitslosigkeit von Unannehmlichkeiten verschont bleiben wollen. Nur bei pünktlicher Entrichtung der Beiträge kann sich auch die Verwaltungarbeit glatt abwickeln.

Auch an wirtschaftlichen Kämpfen fehlte es im abgelaufenen Berichtsjahre innerhalb unserer Sektion nicht. Außer verschiedenen kleineren Bewegungen, wie z. B. G. M. S. Schmidt, Hoppmann und der Firma Wahlen, war es besonders die große Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit, welche den Kollegen nennenswerte Verbesserungen brachte und den Wert der Organisation vor Augen führte.

Nachdem dann zu Punkt Vorstandswahl der alte Vorstand fast vollzählig wieder gewählt war, wies Kollege Bismarck zum Schluß auf die Kämpfe hin, welche wir als christliche Gewerkschaften im vergangenen Jahre zur Verteidigung unserer Grundsätze zu führen hatten. Aber auch als Metallarbeiter hatten wir reichlich Gelegenheit zu beweisen, daß der christliche Metallarbeiterverband bemüht ist, für seine Mitglieder jederzeit einzutreten und daß er auch vor längeren Kämpfen, wie z. B. in W armen, Menden etc. nicht zurückbleibt, wenn sie im Interesse der Kollegen geführt werden müssen.

Kollegen! Sind wir auch wieder einen Schritt vorwärts gekommen, so muß es im neuen Jahre unsere Aufgabe sein, mit neuem Mut an die Werkarbeit zu gehen. Manche Schäden sind wie aus dem Jahresbericht ersichtlich ist, noch zu beseitigen. Noch manches muß nachgeholt werden, von den Beschäftigten, die unsere Delegierten in Dortmund gefaßt haben. Unsere Erfolge könnten größer sein, wenn jeder Kollege sich seiner Pflicht als christlicher Metallarbeiter bewußt gewesen wäre. Nicht der Beitrag jede Woche macht den Gewerkschaftler, nein, er muß auch seinen Mann als Agitator stellen, sei es im Betrieb, in Freundeskreisen, auf der Straße oder sonstwo; überall sollen wir darauf bedacht sein, unsere Reihen zu stärken.

Aber auch in der Hausagitation wollen wir uns mehr wie bis jetzt betätigen, um nicht gegen andere Gruppen zurückzufallen. Da ist vor allem Schulung in den Versammlungen notwendig, kein Kollege soll ohne zwingenden Grund der Versammlung fern bleiben. Ferner soll jeder sein Verbandsglied gewissenhaft studieren um über die Vorgänge innerhalb der Metallindustrie sowie unserer und der gegnerischen Organisationen orientiert zu sein, damit er auch die Angriffe der Gegner abschlagen kann. Außer der Zuanpruchnahme unserer Bibliothek soll man sich auch den verschiedenen Unterrichtskursen anschließen, um sein Wissen auch in Bezug auf die staatlichen Arbeiterschutzbestimmungen e. c. zu erweitern.

Wenn so der letzte Kollege unserer Sektion bestrebt ist, an der Stärkung unserer Organisation durch eifrige Agitation mitzuwirken, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Darum auf Kollegen, mit neuem Mut an die Werkarbeit!

Schuffenried. Wenig noch hat unsere Ortsgruppe das Organ in Anspruch genommen. Vielleicht ist das zu tadeln, vielleicht auch nicht. Die diesjährige Generalversammlung wird aber den Kollegen in Schuffenried ein Fingerzeig sein, daß der Geist, der zum weitläufigeren Teil die Kollegen beherrscht, nicht dazu angetan ist, vorwärts zu kommen und daher dieser Geist verdient, einmal rückwärts an den Pranger gestellt zu werden. Die Vorstandschaft mag sich noch so viele Mühe geben, um die Lage der Kollegen zu heben, den Versammlungsbesuch zu heben, sowie die Arbeitsverhältnisse, der größere Teil der Kollegen steht diesen Bemühungen teilnahmslos gegenüber. Doch halt, nicht ganz. Wenn etwas nicht gerade nach Wunsch dieser säumigen Kollegen ausfällt, oder wenn sie glauben, daß der eine im Geschäft etwas mehr verdiene usw., so wird geschimpft, aber nur — den Walb hinunter — oder es wird der einzelne für einen bestehenden Mißstand verantwortlich gemacht, anstatt an die richtige Quelle zu gehen, damit etwaige Mißstände beseitigt werden. In Aufklärung, Weiterbildung, Lesen des Organs denken diese Leute aber nicht. Den ganzen Tag über alles mögliche und unmögliche kurz und klein schwaben, einander in Harnisch zu bringen, den einen gegen den andern auszuspielen, das ist die Kunst, die diese M—helben üben. Von positiver gewerkschaftlicher Arbeit kein Gedanke. Daher kommen auch, wie der Vorsitzende in seinem Jahresberichte betonen mußte, die persönlichen Streitereien, die unsere gemeinsame Sache nur schädigen. Auch die Vereinsmeierei sei ebenfalls mit Schuld an dem schlechten Versammlungsbesuch. Gerade die Kollegen in Schuffenried hätten allen Grund, sich vollzählig um den Verband zu scharen, haben sie ihm doch schon erhebliche Vorteile zu verdanken. Wenn nicht alles so ist wie es sein sollte, so ist eben die Interesslosigkeit der Kollegen schuld daran, und nicht der Verband oder die Kollegen in der Vorstandschaft. Die Vorstandschaft mag das Beste wollen, wenn die Kollegen sich nicht auf sich selbst besinnen, ist alles umsonst.

Daher aufgewacht Kollegen! Mit Energie an die Arbeit, um das in der Generalversammlung gesteckte Ziel zu erreichen. Beunruhigt mit den Schlafmützen, weg mit der so verberblichen Bequemlichkeit. Ein jeder werde sich klar darüber, wie er seine Pflichten als Arbeiter und Gewerkschaftler zu erfüllen hat. Dann können wir hoffentlich in nächster Zeit auch von unserer Ortsgruppe wieder erfreulicheres berichten.

Furtwangen. Einen zufriedenstellenden Verlauf nahm unsere am 25. Januar abgehaltene Generalversammlung. Der Vorsitzende erinnerte an Wort des Protokolls zunächst an einige wichtige Beschlüsse der vorjährigen Generalversammlung und zeigte in seinem Tätigkeitsbericht, inwieweit sie im verfloßenen Jahre wirklich zur Durchführung kamen. Die Vorstandswahlen erbrachten den erfreulichen Beweis, daß der Vorstand das Vertrauen der Mitglieder besitzt: die bisherigen Kollegen wurden durchweg wieder gewählt. Der sehr ausführliche Bericht des Kassierers, zumal auch seine Darlegungen betreffend die Verwendung der Gelder und der Summen, die den Kollegen unmittelbar an Unterstützungen wieder zuzuführen, muß bei jedem Kollegen aufs neue wieder die Ueberzeugung von der Notwendigkeit seines Verbandes befestigt und die Liebe und Begeisterung für die Sache im Herzen wieder aufgefrißt haben. Da uns nun in diesem Jahre die Werkarbeit zur Hauptaufgabe gestellt und auch die Gewerbetätigenwahl getätigt werden muß, so mögen jetzt alle Mitglieder ohne Ausnahme auch in dieser Hinsicht voll und ganz ihren Mann stellen. Mit dem Beitragszahlen allein hat der Gewerkschaftler seine Pflicht noch nicht erfüllt, sondern er muß auch regen Anteil am Organisationsleben nehmen. Er soll die Versammlungen regelmäßig und pünktlich besuchen und seine Kraft auch zur weiteren Ausbreitung seines Verbandes zur Verfügung stellen. Das liegt ja auch im Interesse eines jeden Kollegen selbst; denn je leistungsfähiger und je stärker sich sein Verband am Orte entfaltet, um so mehr kann und wird für die einzelnen Kollegen geschehen. Darum Kollegen, halten wir unseren Verband, unsere Sache hoch! Holen wir alle Kollegen, die zu uns gehören, zur Werkarbeit heran. Dann werden wir jedem Druck von außen standhaft widerstehen und unsere gerechte Sache zum Siege führen können. Einigkeit macht stark!

Melle. In unserer diesjährigen Generalversammlung am 5. Januar fehlte trotz der wichtigen Tagesordnung doch noch mancher Kollege. Zwar mögen einige zu entschuldigen sein, wenn sie die weite Entfernung von 5 bis 7 Kilometer vorzuziehen. Zu den Generalversammlungen müssen aber in Zukunft solche Einwendungen ganz verschwinden, besonders in einer Ortsgruppe wie Melle, wo die Gegner alle erdenklichen Mittel anwenden, unsere Organisation wieder zu zerbröckeln. Trotz der unglücklichen Manipulationen der Gegner in Bezug

sicher geglaubten roten Hochburg, wächst unsere Ortsgruppe stetig, dank der rührigen Agitation unserer Kollegen.

Die Gesamteinnahmen betragen in den 9 Monaten unseres Bestehens 515,10 Mk. Mitgliederversammlungen wurden acht abgehalten, 3 Betriebsversammlungen, 2 Versammlungen gemeinsam mit den christlichen Bau- und Holzarbeitern und drei öffentliche Versammlungen. Die öffentlichen Versammlungen waren durchweg gut besucht, besonders die erste, in welcher die Genossen ihre Radaumuskeln stark in Bewegung setzten und dabei einen solchen Appetit an den Tag legten, daß sie alle „Brüder in Christo“ gleich mit Haut und Haaren verzehren wollten. Aber die Genossen dachten, und die Christen lachten. Trotz der erschütterlichen Mundweite der roten Helben-schar hielten die christlichen Metallarbeiter, zum sehr großen Verdruß ihrer Gegner, wacker stand. Ja diese roten „Patent-arbeitervertreter“ merkten jetzt, daß sie auch endlich von ihrer Seite einmal etwas unternehmen mußten zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder. Da war denn die Firma Schomäder, Wagenseiderfabrikation, ihr Zielobjekt. Ohne sich um die christliche Organisation zu kümmern, hatten sie, auf ihre „allmächtige Größe“ bauend, eine Lohnforderung aufgestellt. Aber als sie nun mit ihrer Forderung vorstellig werden sollten, war es auf einmal mit dem Größenwahn der Genossen vorbei und die sonst Gott weis wohin gewünschten Christen wurden bekrämt, doch mitzumachen.

Da eine Lohnaufbesserung besonders bei den Lohnarbeitern, sehr not tat, wurden unsere Kollegen denn auch mit vorstellig. Die Firma ließ es bis zum Neujahrstag kommen; nach einem Tage ArbeitsEinstellung bequeme sie sich dann dazu, den Forderungen der Arbeiter in etwa gerecht zu werden. Bei dieser Lohnbewegung spielten besonders zwei rotorganisierte Abteilungen und der dortige führende Genosse eine sehr klägliche Rolle. Obwohl die Forderungen gemeinschaftlich eingereicht waren und so auch gemeinschaftlich durchgebracht werden mußten, bestürmten diese Helben den Obergewissen, sie doch von der Kündigungliste zu streichen, da die Firma ihnen unter der Hand etwas bewilligt habe. Der rote Führer gewährte die Bitte, trotz des Protestes der roten Mitglieder des Arbeiterausschusses. Der führende Genosse spielte aber die allerkläglichste Rolle. Drei seiner AbteilungsKollegen gingen ihn als Arbeiterausschußmitglied an, doch für ihre Abteilung auch eine Lohnaufbesserung zu beantragen. Der fürsorgliche Genosse lehnte aber aus „wohlerwogenen“ Gründen ab, um, wie seine Freunde sagen, sich in sicherer Deckung halten zu können. Sätte diese jammervolle Gesellschaft nicht von vorn herein eine so klägliche Rolle gespielt, dann wäre für die Arbeiter entschieden noch mehr zu holen gewesen. Aber das verwertlichste an dieser Gesellschaft ist, daß sie nachher sagt, die Christlichen wären doch umgefallen. (!)

Den Gipfel der gemeinen Verbächtigung und der absurdesten Verdrehung, erklagen die Genossen mit ihrem jetzigen Treiben. Als bei der am 1. Dezember 1912 bei der Firma Schomäder stattgefundenen Fabrikantentafel-Vorstandswahl die christlichen nicht für den „arbeiterfürsorglichen“ Genossen eintraten, sondern ihre eigenen Wege gingen und einen ihrer Kollegen in den Krankentafelvorstand wählten, kannte die Mut der Freiheitshelben keine Grenzen. Die sozialdemokratische Dsnabrücker Abendpost stellte sich in den Dienst dieser gekränkten „Blutwürste“ und lästete, das es nur so seine Art hatte. Nicht abzuleugnende Tatsachen wurden in gemeiner Weise entstellt und krumm gebogen. Als wir dann in der Dsnabrücker Volkszeitung das Treiben dieser Kapitol-schnatterer der Dsffentlichkeit im wahren Lichte zeigten und den Brand der Genossen in Menden und an anderen Orten brandmarkten, da verließ sich diese saubere Gesellschaft selbst, unseren christlichen Metallarbeiterverband als eine „anrüchliche Firma“ zu bezeichnen. Diese Großmogulen vom roten Deutschen und roten Hülfsarbeiterverband haben doch wahrhaftig einen solchen Haufen überlebensden Unrates vor ihrer Türe liegen, daß der auströmende miffige Geruch Melle und Umgebung geradezu verpestet.

Diesem arbeiterschädigenden Treiben der sozialistischen Maulhelden könnten die Arbeiter, besonders bei der Firma Schomäder, noch viel wirksamer entgegenzutreten, wenn die bis jetzt noch unorganisierten sich unserem christlichen Metallarbeiterverband anschließen. Unseren organisierten Kollegen aber rufen wir zu: Seid unablässig tätig in der Agitation und Aufklärung und nicht zu vergessen, in der Hausagitation. Steht nicht feige oder furchtsam beiseite, die Genossen ver-spewen keinen von uns, trotz ihrer kolossalen Mundweite. Kollegen, führen wir unseren in der Generalversammlung gefaßten Entschluß, unsere Mitgliederzahl bis zur nächsten Generalversammlung nicht nur zu verdoppeln, sondern zu verdreifachen, mit aller Energie durch! Immer vorwärts, nimmer rückwärts! Sei unsere Parole in diesem Jahre, Eingedenk des Wahlspruches unseres Vorsitzenden am Schlusse unserer Versammlung wollen wir vereint kämpfen und siegen zum Wohle der Arbeiterschaft von Melle: „Hell auf laßt loben der Begeisterung Flamme, — Zum neuen Schwur erhebt die Hand: — In Freud und Leid — Eins allezeit! — Ob Sturm, ob Wetter droht, — Der Fahne treu, bis in den Tod.“

Geipatz. Unsere Jahresgeneralversammlung hielten wir am 25. Januar in der „Grünen Eiche“ ab. Aus dem Jahresbericht, den Kollege Werner erstattete, ging hervor, daß die Kollegen auch im vergangenen Jahre mit rüstigem Eifer für unsere Sache gearbeitet haben. Leider aber waren die Widerstände und Mißverständnisse, denen wir bei unserer Arbeit begegneten so groß, daß wir uns mit einem mäßigen Erfolge begnügen mußten. Zunächst legte der Reichstagswahlkampf die gewerkschaftliche Agitation so ziemlich lahm. Dann kamen die bekanntesten Hingsttelegramme und ihre tendenziöse Ausdeutung durch unsere Gegner. Als dann der Dresdener Kongreß durch seine entschiedene Stellungnahme zum sog. Gewerkschaftsstreik die Bahn zur gründlichen Beseitigung der Mißverständnisse geebnet, setzte mit der Veröffentlichung der Enghlita die gegnerische Wege gegen unsere Bewegung noch toller ein. Der außerordentliche Kongreß in Essen hat ja nun auch in dieser Sache Klarheit geschaffen, sobald uns für die Zukunft wohl auch hier die Arbeit etwas erleichtert wird. Freilich leidet im roten Königreich unsere Entwicklung nach wie vor dadurch, daß man hier von einem Extrem ins andere fällt. Da einem großen Teil der Arbeiterschaft der rote Zwang und Terror zum Halse hinaushängt, werden diese Kollegen vielfach auch in gewerkschaftlicher Beziehung die Flinte ins Korn und lassen sich zu gelben Experimenten gebrauchen. Trotz all dieser Schwierigkeiten und Demünnisse hatten wir im verfloßenen Jahre immerhin noch 18 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Diesem Zuwachs steht aber leider auch wieder ein Abgang durch Wegzug, Austritt etc. gegenüber. 11. Vorstand- und Vertrauensmänneritzungen und

Verammlung wurde auf die Notwendigkeit der Werbearbeit, insbesondere auf die Hausagitation verwiesen. Letztere wurde denn auch von einigen Kollegen gewissenhaft ausgeführt. Ferner wurden die Kollegen auf die Benutzung der Bibliothek hingewiesen, welche ihrer gewerkschaftlichen und sachlichen Ausbildung dienen soll. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl der bisherigen Kollegen.

Bezirksleiter Kollege Gierz gab dann zum Schlusse noch einen kurzen Rückblick auf das verfloffene Jahr und spornete die Kollegen an, sich in diesem Jahre noch intensiver der Aufklärungs- und Werbearbeit im Interesse unserer gemeinsamen Sache zu widmen.

Dauzig. Unsere diesjährige Generalversammlung am 26. Januar hatte einen vollstündigen Besuch aufzuweisen. Den Kassen- und Jahresbericht erstattete Kollege Gorkowski. Daraus entnehmen wir, daß die Entwicklung der Ortsgruppe im Jahre 1912 eine gute war. Eine der wichtigsten Aufgaben war, die bei der großen Schichtbewegung 1911 gewonnenen Mitglieder gewerkschaftlich zu schulen. Hierzu mußten alle im Vorstand tätigen Mitglieder ihre ganze Kraft einsetzen. Wenn auch die Fluktation im Jahre 1912 eine große war, so konnten dennoch 190 Kollegen für den Verband gewonnen werden und außerdem 21 aus anderen Verbänden. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 560.

Gleich zu Anfang des Jahres 1912 hatten wir die Lohnbewegung bei der Firma Schichau zu Danzig und Elbing. In dieser Bewegung war unser Verband mit 450 Kollegen beteiligt. Obwohl die Danziger Kollegen 1911 schon vierzig Wochen um Verbesserung ihrer Löhne gekämpft hatten, ohne etwas Bestimmtes zu erreichen, brachten sie das Opfer im Jahre 1912 nochmals. Vertrauens auf die Solidarität der Elbinger Arbeitererschaft wurde im März 1912 der Kampf aufgenommen, nachdem friedliche Verhandlungen von der Firma Schichau brüskellig abgewiesen worden waren. Dieser Streik brach nach acht Tagen ebenfalls zusammen durch den Streikbruch der sozialdemokratischen und kirchlich-demokratischen Organisationen. Unsere Kollegen haben sich tapfer gehalten. Mühte doch selbst der Beamte des roten Metallarbeiterverbandes von Elbing, Herr Schulz, in einer Versammlung zuzusehen:

„Wahrlich, die Christlichen standen eine Mauer, es wäre gut, wenn sich die übrigen Organisationen daran ein Beispiel genommen hätten!“

Das klingt anders als das ewige Streikbruchgeschrei über die Christlichen. Mögen unsere Kollegen die notwendige Lehre daraus ziehen.

Kurze Zeit nach dieser für die Genossen so schmachvoll verlaufenen Bewegung sollte eine zweite Klamage für sie folgen. Am 5. August legten 50 Mieter bei der Firma Schichau zu Danzig ihre Arbeit nieder. Es war ein offenes Geheimnis, daß eine Lohnbewegung für die Mieter inszeniert werden sollte, ohne die christlichen Arbeiter dabei zu berücksichtigen. Nachdem verschiedene Vorbesprechungen unter den Mitgliedern des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes stattgefunden hatten, sollte die Kraftprobe vorstatten gehen. Die Christlichen, so sagten die Genossen, müssen einfach mitmachen, wenn wir es wünschen. Es ist selbstverständlich, daß die christlichen Arbeiter das Verlangen der Genossen ohne weiteres dem Betrieb mit zu verlassen, glatt ablehnten. In einer am 6. August abgehaltenen Sitzung unseres Verbandes wurde das Verhalten der Mieter gebührend gekennzeichnet, und eine Lohnbewegung bei der Firma Schichau zurzeit als aussichtslos erklärt. Die Folge war, daß die Genossen nach zwei Tagen die Arbeit wieder aufnehmen. Noch einmal mußten wir uns mit der Firma Schichau befassen. Zunächst galt es, Aufklärung zu geben über die von der Firma Schichau protegierten Gelben Werkvereine. Ferner besaßen wir uns am 15. Oktober mit der Tatsache, daß die Firma ausländische Arbeiter anwerben ließ und zu bedeutend höheren Löhnen einstellte, als hiesige Arbeiter. In dieser Versammlung wurde eine Protestresolution angenommen, deren Veröffentlichung die Wirkung hatte, daß schon nach acht Tagen die Ausländer entlassen wurden.

Es ist tief beauerlich, daß die Firma Schichau einen Teil des Jahres fortgesetzt mit ihren Arbeitern im Kampfe steht. Das ist sicher nicht dazu angetan, die Schaffensfreude der Arbeiter zu heben. Wohl sind nach dem Streik im Jahre 1912 die Wochenlöhne für die Mieter und Stenmer etwas gestiegen, jedoch sind die Akkordpreise nicht aufgebessert worden. Hier liegt die Wurzel des Übels. Ferner wurden durch Eingaben bei der Firma Schichau für verschiedene Abteilungen einige Verbesserungen erzielt. Für die Kesselschmiede und den Maschinbau wurde eine Lohnaufbesserung von 1 bis 3 Mark pro Woche erreicht. An dieser Lohnbesserung sind 70 Arbeiter beteiligt. Bedauerlich ist es, daß die Kollegen wohl die Lohnaufbesserung annehmen, aber den Weg zur Organisation nicht finden wollen. Bei der Firma Klawitter zu Danzig streben die Arbeiter schon vor zwei Jahren geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem Betriebe an. Leider stand damals die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter der Organisation gleichgültig gegenüber. Nachdem die Arbeiter nun durch fortgesetzte Aufklärungsarbeit für den Verband gewonnen und die Konjunktur günstig war, wurden im April der Firma die Forderungen der Arbeiter unterbreitet. Diese betrafen: Regelung der Lohnverhältnisse, der Überstunden und Nachtarbeit und Einführung der Sozialdaten mit Lieberlicht des Verdienstes im Lohn wie im Akkord und der etwaigen Abzüge. Die Forderungen wurden zunächst abgelehnt, worauf die Arbeiter der betreffenden Branchen, etwa 60 Kollegen, in den Streik traten. Der Kampf endete nach etwa vierwöchentlicher Dauer mit einem schönen Erfolge.

Für die Arbeiter der Kaiserlichen Werft zu Danzig sind verschiedene Sitzungen abgehalten worden, um deren Wünsche entgegen zu nehmen. Besonders sind es die Mieter und Stenmer, die durch eine Verlegung von der Gruppe 1 zur Gruppe 3 vor vier Jahren in ihrem Einkommen stark geschmälert sind. In Gruppe 1 ist der Höchstdienst 53 Pfg. pro Stunde, in der Gruppe 3 dagegen nur 46 Pfg. Also ein Mindereinkommen von 36 bis 53 Pfg. pro Tag.

Auch der rote Terrorismus hat in Danzig seine Blüten gezeigt. Ein Kollege unseres Verbandes, Barloski, wurde von dem rot organisierten Lenke überfallen und sollte mit dem Messer bearbeitet werden. Mit dem Ruf: „Du langer schwarzer Hund, und wenn es 10 Jahre locker“, kürzte sich Lenke mit dem offenen Messer in der Hand auf Barloski. Als Strafe erhielt der Genosse dafür 9 Monate Gefängnis. Bedauerlich ist, daß die Besten die Strafe erdulden müssen, während die Besten straffrei ausgehen. Auch bei dem Neubau des königlichen Eisenbahndirektionsgebäudes, woselbst 21 Kollegen unseres Verbandes beschäftigt waren, wurden 9 Kollegen von den Genossen zum Uebertritt gewonnen. 12 Kollegen gaben lieber

die Arbeit auf. Wie lange noch soll durch solche Hebe den Schaffmachern Wasser auf ihre Mühlen gegeben werden.

Die Agitation gestaltete sich folgendermaßen: Abgehalten wurden 8 öffentliche, 48 Mitglieder- und 84 Vertrauensmännerversammlungen, ferner 40 Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen, 38 sonstige gewerkschaftliche Sitzungen und Konferenzen und 6 Hausagitationen. Die Hausagitation brachte uns nicht den gewünschten Erfolg; es beteiligten sich an ihr nur 16 Kollegen. Aufgeführt wurden 72 Personen, davon zweimal 41 und dreimal 16. Gewonnen wurden 13 Kollegen. Neben der Hausagitation wurde die Werks- resp. Betriebsagitation nicht vernachlässigt. An Flugblättern wurden insgesamt 35 000 verausgabt, darunter 15 000 vom Bezirk. An Posteingängen waren 1058 Briefe und Karten, 494 Drucksachen und 260 Pakete zu verzeichnen. An Ausgängen 941 Briefe und Karten, 16 000 Drucksachen und 43 Pakete.

Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen 19 588,40 Mark, davon 5 800 Mark als Zuschuß von der Hauptkasse gelegentlich des Streiks bei der Firma Schichau. Von dieser Einnahme sind 11 670,18 Mark den Kollegen am Orte wieder zugute gekommen. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme nebst Kassenbestand von 5042,40 Mark und eine Ausgabe von 3899,40 Mk., mithin einen Bestand von 1143,00 Mark. Der Lokalkassenbestand hat sich um 512,00 Mark gegen das Vorjahr gehoben.

So liegt ein Jahr der Arbeit, aber auch des Erfolges hinter uns. Das neue Jahr bringt neue Arbeit. Am 1. April läuft der Tarif für die Klempner ab, der für Danzig und Umgegend vor zwei Jahren abgeschlossen wurde. Noch ist uns die Stellungnahme des Arbeitgeberbundes unbekannt. Doch, die Kollegen sind entschlossen; in jeder Hinsicht ihre Rechte zu wahren und zu verteidigen.

Für die ausgesperrten Kollegen in Menden soll laut Generalversammlungsbeschluss ein Wochenbeitrag gezahlt und der Zentrale zur Unterstützung derselben übermittelt werden. Durch die Annahme dieses Antrages haben die Danziger Kollegen bewiesen, daß auch im Osten unserer Monarchie die Opferfreudigkeit der Kollegen nicht an letzter Stelle steht. Mit frischem, frohem Mut wollen wir im Jahre 1912 weiter arbeiten, damit auch das neue Jahr für uns ein Jahr des Erfolges werde. Das malte Gott!

Dauzig. Die hiesige Sektion unseres christlichen Metallarbeiterverbandes hielt am 24. Januar ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende hieß alle Anwesenden, insbesondere den zum ersten Mal in unserer Mitte weilenden Bezirksleiter Kollegen Gierz herzlich willkommen und gab hierauf den Jahresbericht. Danach wurden im Jahre 1912 an Beitragsmarken verkauft 705 gegen 300 im Vorjahre, weiter 576 Jugendmarken gegen 178, 57 Delegiertenmarken gegen 31 und 12 Eintrittsmarken a 50 Pfg. gegen 3 im Vorjahre. An die Zentrale wurden 379,56 Mark abgeandt, gegen 172,83 Mk. im Vorjahre. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 99,39 Mk., die Ausgaben 76,29 Mk., es verbleibt somit ein Kassenbestand von 23,10 Mk. Nachdem der Jahres- und Kassenbericht erledigt, schritt man zur Wahl eines neuen Vorstandes.

Hierauf referierte Kollege Gierz über das Thema: „Christliche Gewerkschaften im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben“. Zum Schluß seines Referates freiste er noch die Generalausperrung in Menden. Zu Punkt Verschiedenes, zu welchem sich die Kollegen eifrig zu Wort meldeten, wurden noch eine ganze Reihe Fragen eifrig diskutiert. Zum Schluß mahnte der Vorsitzende alle Kollegen, auch fernerhin treue Kämpfer für die gute Sache zu bleiben.

Elbing. Unsere Generalversammlung am 25. Januar wies einen guten Besuch auf. Nach dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden wurden im vergangenen Jahre 20 Mitglieder- und 6 Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen abgehalten. Die alte Vorstandschaft wurde einstimmig wiedergewählt und zwar die Kollegen Richard Latze zum Vorsitzenden, Otto Feinangle zum Kassierer und Josef Diering zum Schriftführer. Eingehend wurde sodann über den Streik- und die Aussperrung in Menden berichtet und diskutiert. Das Ergebnis war die Annahme eines Antrages, wonach die Kollegen sich verpflichten, so lange der Kampf dauert einen wöchentlichen Extrabeitrag von 20 Pfg. zu bezahlen. (Bravo!) Zum Schlusse dankte der Vorsitzende den Kollegen für die treue Mitarbeit im verfloffenen Jahre. Auch in Zukunft heiße es treu und fest zum christlichen Metallarbeiterverband zu halten und für die Stärkung unserer Reihen unablässig tätig zu sein, dann werde es in Elbingen auch vorwärts gehen.

Briefkasten.

An **Verstorbene:** Die Generalversammlungsberichte kommen in der Reihenfolge ihres Einganges zur Veröffentlichung. — Auch die Notizen für den Versammlungskalender sollen möglichst frühzeitig abgeandt werden; solche, die erst Dienstag hier eingehen, können für die dann bereits fertige Nr. nicht mehr berücksichtigt werden.

Es gehen noch fortlaufend auf der Redaktion Berichte fürs Organ ein, wo das Papier auf beiden Seiten beschrieben ist. Das ist unzulässig. Bei allen Einwendungen, die zum Abdruck im Organ bestimmt sind, darf das Papier nur auf einer Seite, nicht auf der Rückseite beschrieben sein. Bei Benutzung der Schreibmaschine sollen die Zeilen nicht zu eng aneinandergerückt sein, damit die Anbringung notwendiger Korrekturen möglich ist.

Sterbetafel.

Commeru (Eifel). Am 25. Januar starb unser langjähriger und treuer Kollege Heinrich Daniel Jäger, Schlosser, im Alter von 49 Jahren an Lungenpneumonie.
Leipzig. Am 20. Januar starb unser treuer Kollege Christian Emmerich, Schlosser, im Alter von 40 Jahren infolge eines Nervenleidens.
Ulm. Am 15. Januar starb unser jugendlicher Kollege Karl Reiter im Alter von 15 Jahren an Lungenentzündung.
Hamm i. W. Am 29. Januar starb unser Kollege Severin Neppel im Alter von 67 Jahren an Altersschwäche.

Essen. Am 17. Januar starb unser Kollege Rudolf Hautkappe im Alter von 21 Jahren an Lungenleiden.

Berne. Am 2. Februar starb unser lieber Kollege und Mitgründer der Sektion Buchheim bei Mülheim-Rhein, Nikolaus Knopp, infolge eines Unfalles im Alter von 50 Jahren.

Osnabrück. Am 27. Januar starb unser treuer Kollege A. Strunk im Alter von 20 Jahren an Lungenentzündung.

Triberg. Am 24. Januar starb unser Kollege Josef Ehle im Alter von 27 Jahren an Tuberkulose.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

- Kollegen und Kolleginnen!**
Verläumt ohne kritischen Grund keine Versammlung!
Samstag, den 15. Februar.
- Bremen. Abends 8.45 Uhr im Colosseum, Düsternstraße 1.
 - Dortmund-Selm. Abends 6.30 Uhr bei Bant.
 - Düsseldorf-Ratingen. Abends 9 Uhr bei Kürten, Behemerstraße, Generalversammlung.
 - Düsseldorf-Bilk-Brickstr. Abends 9 Uhr bei Mengwasser, Alsterallee, Ecke Kronenstraße, wichtige Bezirksversammlung.
 - Düsseldorf-Bilk. Abends 9 Uhr bei Prinz, Kaiser Wilhelmstraße, Generalversammlung, Erläutern Plakat.
 - Essen. Auf- und Wagenschmiede. Abends 9 Uhr in der „Bürgerhalle“, Rottstraße 10.
 - Kreisburg i. R. Abends 8.30 Uhr im „Gauterbräu“, Schipstraße 7, Karlsruher.
 - Karlruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmgarten.
 - Köln-Denz. Abends 9 Uhr „Zur Krone“, Freiheitstraße.
 - Köln-Indenthal. Abends 9 Uhr bei Sadtler, Bachemstraße 10.
 - Milbe. Abends 8.30 Uhr bei Ed. Rosenbach, Wöberstraße.
 - Mittel-Barmen. Abends 9 Uhr bei Bindermann, Oberbrückerstr. 60.
 - Neheim-Dahl. Abends 8.30 Uhr bei Weltermann.
 - Olheim. Abends 9 Uhr Generalverf. bei Gottfr. Schmitz.
 - Rechenburg. Abends 8 Uhr in der Jalousierstraße.
 - Stuttgart-Gaunthausen. Abends 8.30 Uhr im Lokale des ev. Arbeitervereins.
 - Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im römischen König.
- Sonntag, den 16. Februar.**
- Rochum-Weimar. Vorm. 11 Uhr bei Paul Krell, Kohlenstraße.
 - Rochum (Formen und Gießerarbeiten.) Vorm. 11 Uhr bei Hütrop, Matthesstraße.
 - Boelersheide. Vorm. 11 Uhr bei Fr. Gennemann, Karlsruh.
 - Greifeld-Verwaltungsstelle. Nachm. 3 Uhr Generalverf. in der „Reichshalle“, Jahresbericht und Vortrag des Bezirksleiters Kollegen Schmitz-Röll.
 - Dortmund-Witten. Vorm. 11 Uhr bei Wibecke, Auguststraße.
 - Düren. Generalverf. mit Vorstandswahl vorm. 11 Uhr bei Altkenberg, Philippstraße. Alle Erscheinen und Mitgliedsbuch mitbringen.
 - Duisburg-Banheimerort. Nachm. 7.30 Uhr bei Raffiere, Fischerstraße.
 - Duisburg-Banheim. Nachm. 4 Uhr bei Graber.
 - Düsseldorf-Eller. Vorm. 11 Uhr bei Gantewitz, Gumbertstraße 120.
 - Düsseldorf-Dereendorf. Vorm. 11 Uhr bei Duerling, Münsterstr., Ecke Barbachstraße.
 - Düsseldorf-Oberkassel. Vorm. 11 Uhr bei Vossen, Ruegallee 50.
 - Düsseldorf-Altlingern. Vorm. 11 Uhr bei Booßen, Fosselstraße 65.
 - Düsseldorf-Beurath. Vorm. 11 Uhr bei Wegener, Mittelstraße.
 - Düsseldorf-Gerresheim. Vorm. 11 Uhr bei Manfer, Grünlingenerstraße.
 - Düsseldorf-Renk. Vorm. 11 Uhr im Lokale Fioß, Niederstraße.
 - Essen-Altenessen. Abends 6 Uhr bei Esser.
 - Essen-Bege-Verbe. Abends 7 Uhr bei Althaus, früher Mäker, Hochstraße.
 - Essen-Frohnhäusen. Abends 6 Uhr bei Potigleber.
 - Essen-Mellinghausen. Vorm. 11 Uhr bei Scharer.
 - Essen-Segeroth. Abends 7 Uhr bei Langenberg, Freiheitstraße.
 - Haspe. Nachm. 5 Uhr bei Tomas, Wöberstraße 16.
 - Hoben. Generalverf. nachm. 5 Uhr bei Hermann, Schip.
 - Karlsruhe-Parlanzen. Generalverf. nachm. 8.30 Uhr im Gasthaus „zum Hirsch“.
 - Köln-Grenfeld. Morgens 11 Uhr bei Wittkamp, Benloerstraße.
 - Köln-Voll. Morgens 11 Uhr bei Jagbender, Hauptstraße 28.
 - Neheim 1. Bezirk. Vorm. 11 Uhr im Gellenhause.
 - Reheim-Sundern. Nachm. 5.30 Uhr Generalverf. bei Bingel.
 - Dieberg-Dreisverwalt. Mittags 12 Uhr in Biemerlinghausen bei Wömede; nachm. 4 Uhr in Bigge bei Hellermann. Ref. Bezirksleiter Kollege Hirtsefer. Alle Erscheinen und Unrogaustreife mitbringen.
 - Oberhausen (Mhd.). Nachm. 4 Uhr bei Kemmerling, Röntg. Eck und Düppelstraße.
 - Osbe. Generalverf. nachm. 4 Uhr bei Sommer.
 - Porschheim-Stadt. Nachm. 3 Uhr Generalverf., Untere Au 20. Auch die Kollegen aus den umliegenden Sektionen mögen zahlreich erscheinen.
 - Rheidi. Generalverf. vorm. 10 Uhr bei Schellenberg (oben) Lokalwahl.
 - Troisdorf. Morgens 11 Uhr in Sieglar bei Krapp öffentl. Verf. Erscheinen Pflicht.
 - Wissen (Sieg). Vorm. 11 Uhr bei Gajfeld.
- Freitag, den 18. Februar.**
- Duisburg-Hochfeld. Abends 8.30 Uhr bei Küpper, Banheimerort.
 - Düsseldorf, Schmitze und Zuschläger. Abends 9 Uhr im Paulushaus, Duffenstraße.
- Mittwoch, den 19. Februar.**
- Düsseldorf, Bau- und Maschinenbau. Abends 9 Uhr im Paulushaus.
 - Düsseldorf-Gerdt. Abends 9 Uhr bei Bößen, Krefelderstraße 81.
 - Seiligenhaus. Abends 8.30 Uhr bei Küppersbusch, Hauptstraße.
- Donnerstag, den 20. Februar.**
- Düsseldorf, Dreher und Maschinenarbeiter. Abends 9 Uhr im Paulushaus.
- Freitag, den 21. Februar.**
- Düsseldorf (Formen, Formmacher, Gießerarbeiten). Abends 9 Uhr im Paulushaus, Duffenstraße.
- Sonntag, den 22. Februar.**
- Berlin. Abends 8.30 Uhr in Schulz-Jesajalen, Am Königsgraben 14a.
 - Gießen. Abends 8.30 Uhr im Weinmännchen Hof.
 - Hamburg. Abends 8.30 Uhr in Billeris Gesellschaftshaus, Köhlhöfen 27.
 - Köln-Stadt. Abends 9 Uhr „Zur Ratsmühle“, Neumarkt 18.
 - Neheim 2. Bezirk. Abends 8.30 Uhr bei Latrid, Hauptstraße.
 - Neuberg. Abends 8.30 Uhr bei Reimhaus, Wilhelmstraße 30.
 - Neubert. Abends 8.30 Uhr bei Beshlunger, Kirchstraße 12.
 - Stuttgart-Ludwigsburg. Abends 6 Uhr bei Weinmann.
- Sonntag, den 23. Februar.**
- Berlin-Oberichönweide. Abends 7 Uhr bei Dlesch.
 - Brühl. Nachm. 6 Uhr bei Griesberg, Uhlstraße 8.
 - Düsseldorf-Oberbilk. Vorm. 11 Uhr bei Mäges, Ellerstraße 180.
 - Düsseldorf-Overst. Vorm. 11 Uhr bei Reusen, Buchscheiderstraße.
 - Düsseldorf-Solthausen. Vorm. 11 Uhr bei Plan, Düsseldorfstraße.
 - Düsseldorf-Unterrath. Vorm. 11 Uhr bei Klenzer, Kürtenstraße.
 - Düsseldorf-Rath. Vorm. 11 Uhr bei Kreifinger, Münsterstraße.
 - Düsseldorf. Vorm. 11 Uhr bei S. Dien, Hauptstraße.
 - Köln-Deventhal. Morgens 11 Uhr bei Amatus Jäger, Wöberstraße.
 - Neunkirchen. Abends 8 Uhr bei Schleppl, „zum Stern“.
 - Osbe. Nachm. 4 Uhr Jahresgeneralverf. bei Karl Mächer.
 - Siegburg. Morgens 11 Uhr in Altoriten, Kronprinzenstraße.
 - Siegen-Verwaltungsstelle. Nachm. 4 Uhr Jahresgeneralverf. in Weidenau. Nähere Mitteilungen gehen den Zahlstellen zu.
 - Wetter. Vorm. 11 Uhr im evang. Vereinshaus.
- Adresse:**
Bausen. Kassierer der Ortsgruppe ist Kollege Arno Reibsch, Untere Reichstraße 71. Dagegen werden die Unterzinsungen ausgezahlt.